
▸ Börsenwoche

Einblick ins Depot der Privatbank Pictet / Kommentar / Märkte im Überblick / Ausblick /

▸ Zertifikate

Wasser marsch! / Expresszertifikate / Ärger mit Turbos /

▸ Vorsorge &

Versicherungen
Risiko-LV: Schummeln kann teuer werden / Krankenversicherung / Gesundheitskosten /

▸ Top-Thema

Anleger sollten ihre Verträge mit Vermögensverwaltern ändern - sonst verschenken sie Geld.

▸ Fonds

Rohstoffe: Der Wald wächst immer / offene Immobilienfonds / Laufzeitfonds /

▸ Immobilien

Sanierung: Klimaschutz aus Eigennutz / Immo-Kompass: Stuttgarter Umland / Ferienimmobilien /

▸ Aktien

Hanseyachts: Bootsbauer in der Flaute / Adidas / Bayer / Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste /

▸ Banken & Zinsen

Banken: Marken sollen für Glanz sorgen / Kaupthing / Schutz in Europa / Bankeinlagen /

▸ Steuern & Recht

Schuldzinsen clever zuordnen und voll absetzen / Kapitalbesteuerung / Steuerfalle
Kurzarbeitergeld /

Titel-Story

Grenzenlose Dividendenbesteuerung

Auslandsdividenden. Immer wieder haben sich Gerichte mit tatsächlicher oder mutmaßlicher Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen befasst. Nun wird mit Spannung ein neues Urteil der EuGH-Richter zur fiskalischen Behandlung von Auslandsdividenden in deutschem Besitz erwartet. Bekommen die Kläger Recht, kostet es den Bund wohl Milliarden.

Die Aufgaben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sind den Deutschen wohl so unbekannt wie die des EU-Parlaments. Dabei nimmt das Gericht eine wichtige Rolle ein. Es hat darüber zu wachen, dass die Mitgliedsstaaten europäische Gesetze einhalten.

Demnächst könnte diese Kontrollfunktion den Deutschen wieder bewusst werden, zumindest jenen, die in den 80er- und 90er-Jahren Auslandsaktien besaßen. Das Finanzgericht Köln hat dem EuGH mehrere Fragen zur Entscheidung vorgelegt, die bei einem positiven Urteil hohe Entlastungen brächten.

Es geht um die Rückzahlung von 5 Milliarden Euro

Der Streit ist nicht neu. Es geht um die Frage, ob die in Deutschland bis 2001 übliche Besteuerung von Auslandsdividenden gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstieß. Bis dahin mussten Anleger diese Ausschüttungen voll versteuern, obwohl das Unternehmen im Ausland bereits Steuern gezahlt hatte. Bei inländischen Dividenden wurden dagegen die Abgaben der Konzerne auf die Steuerlast des Anlegers angerechnet. Der EuGH hatte schon 2007 entschieden, dass diese Praxis gegen EU-Recht verstößt. Die im Ausland gezahlte Körperschaftsteuer müsse mit der Steuerschuld des Anlegers zu verrechnen sein.

Die deutschen Finanzämter ignorierten jedoch das Urteil. Für den Staat geht es um viel: 5 Milliarden Euro, so verlautete damals aus Regierungskreisen, soll die Anweisung des EuGH den Fiskus kosten. Anleger und Steuerberater berichten, dass die Erstattung mit Verweis auf formale Hürden abgelehnt wird. Die Argumente der Beamten haben nun die Kölner Richter zu einem neuen Vorstoß veranlasst (Az.: 2 K 2241/02). Nach ihrer Ansicht muss sich der Fiskus nämlich kulant zeigen. Immerhin gilt es, einen Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit so einfach wie möglich zu beseitigen.

Im vorgelegten Fall geht es um Dividenden, die von 1977 bis 2001 ausgezahlt wurden. Zwar sind die alten Steuerbescheide meist rechtskräftig, doch das könnte möglicherweise gar keine Rolle spielen. Es besteht die Hoffnung, dass eine Berichtigung unabhängig von Bestandskraft oder Verjährungsfristen erfolgt und auch keine schwer zu erbringenden Nachweise notwendig sind. Dies alles wird der EuGH nun prüfen und wahrscheinlich abermals zugunsten der Besitzer von Auslandsaktien urteilen.

Verjährungsfristen könnten keine Rolle spielen

Damit die Steueranrechnung nicht bei allzu vielen Privatanlegern oder Gesellschaften ankommt, wurde das Gesetz im Vorgriff auf die Entscheidung schon verschärft. Bestandskräftige Bescheide können danach nicht mehr korrigiert werden, auch wenn die Dividendenabrechnung vorgelegt wird. Zuvor war das möglich. Hieran hat das Finanzgericht Köln massive Zweifel. Vermutlich ist die Einschränkung sogar irrelevant. Denn die Finanzämter müssen nur den zuvor rechtswidrigen Teil der Steuerabrechnung ändern - unabhängig von rechtskräftigen Bescheiden. Der einschränkenden Vorschrift bedarf es daher nicht.

Zudem könnten Verjährungsfristen keine Rolle spielen, weil Anleger damals keine Chance auf eine Erstattung hatten. Ob eine Entscheidung des EuGH den Fall neu öffnet, untersucht gerade das Bundesverfassungsgericht. Da Auslandsfirmen keine offizielle Steuerbescheinigung nach deutschem Recht erstellen können, kann der heimische Fiskus diese Hürde nicht aufbauen. Das meint auch eine Reihe von Experten. Die Vorlage der Dividendenabrechnung oder Ertragnisbescheinigung dürfte daher ausreichen. Von diesen Beträgen werden dann drei Siebtel erstattet - so wie damals bei Inlandsdividenden.

Wer diese Belege nicht mehr hat, kann sie sich bei den Banken besorgen. Sie kennen Nacharbeit schon aus vielen Steuerfahndungsfällen. Dank ihrer Akribie könnte die Staatskasse am Ende sogar mit deutlich mehr als den veranschlagten 5 Milliarden Euro belastet werden.

Ausgangslage Ein Anleger erhielt 1990 Auslandsdividenden von 10.000 Euro und versteuerte sie in voller Höhe mit seinem individuellen Tarif von 25 Prozent.

Berichtigt Würden die Auslandssteuern angerechnet, bekäme er eine Erstattung von 714 Euro. Unter Berücksichtigung der gezahlten Steuern stünden ihm 3214 Euro zu.

Steuerbescheid	bisher	korrigiert
erhaltene Dividende	10.000 Euro	10.000 Euro
fiktive Einnahme (3/7)	-	4286 Euro
Einnahmen insgesamt	10.000 Euro	14.286 Euro
Steuer (25 %)	2500 Euro	3572 Euro
anrechenbare Steuer	0	-4.286 Euro
Steuerlast	2500 Euro	-714 Euro
Erstattung	-	3214 Euro

Robert Kracht

Pictet verhalten optimistisch

Asset Allocation. Die Schweizer Privatbank Pictet gibt Entwarnung: "Der Tiefstpunkt liegt hinter uns." Doch wie positiv die Zukunft aussieht, ist fraglich. Chef-Ökonom Jean-Pierre Beguelin und Strategie Alfred Roelli wagen einen Ausblick inklusive aktueller Portfolioaufteilung.

Der erfahrene Beguelin stellt angesichts der Rally und Euphorie die derzeit entscheidende Frage: "Sind die Märkte verrückt oder haben sie als Frühindikator für einen weltweiten Konjunkturaufschwung Recht?" Tatsächlich sehen sich Anleger mit einer kuriosen Situation konfrontiert: Der aktuelle Stimmungsumschwung verbunden mit den aufwärts preschenden Aktienmärkten ist in der nach wie vor ungünstigen weltwirtschaftlichen Gesamtlage erstaunlich, so Beguelin. Die Experten der Schweizer Privatbank sehen zwar Stabilisierungstendenzen, halten den derzeitigen Auftrieb aber nur für eine temporäre Wachstumsbeschleunigung, da die Wirtschaftspolitik zu greifen beginnt und die Risikofreude der Anleger sich normalisiert. Rückschläge im weiteren Jahresverlauf sind ihrer Ansicht nach wahrscheinlich. Nur verhalten optimistisch zeigen sich Beguelin und Roelli auch für das Jahr 2010. Die Wirtschaft dürfte sich insgesamt zögerlicher erholen als nach früheren Rezessionen, stets begleitet von der Gefahr, dass eine zu schnelle Straffung der makroökonomischen Konjunkturpolitik den positiven Prozess wieder abwürgt. "Dann könnte es zu einem Double Dip, also einer Entwicklung in Form des Buchstaben W kommen."

Das ausgewogene Musterportfolio der Schweizer spiegelt diese Einstellung wider. Seit Januar fuhren sie die Liquidität vor allem zu Gunsten von Aktien und Unternehmensanleihen von knapp 28 auf zwölf Prozent zurück. Mit 34,5 Prozent Aktien ist die Ausrichtung trotzdem noch eher neutral, obwohl seit Jahresanfang bereits um zehn Prozent aufgestockt wurde. Nutznießer waren asiatische Titel, die stellvertretend für die Wachstumsstory der Schwellenländer stehen. Ihr Anteil stieg von null auf 7,4 Prozent. "Doch die Erholungsrally seit Mitte März führte weltweit bereits wieder zu überdurchschnittlichen Bewertungen", warnt Roelli. "Die Gewinnsschätzungen der Analysten haben sich nur teilweise an die wirtschaftliche Realität angepasst. Ein weiterer Rückgang um 25 Prozent für 2010 schließe ich nicht aus." Damit lägen auch die Dividendenerwartungen zu hoch.

Vor diesem Hintergrund potenziell sinkender Ausschüttungsquoten bei Aktien bleiben Zinstitel weiterhin attraktiv, obwohl große Sprünge bei Zinsen nicht zu erwarten sind. Daher bleiben Unternehmensbonds im Fokus, die jetzt gleichberechtigt zu Staatsanleihen mit rund 15 Prozent vertreten sind. "Die Erfolgsgeschichte von 2009 ist noch nicht beendet", so der Strategie.

Auch Gold gehört nach Meinung der Schweizer mit fünf Prozent Anteil bis auf weiteres in ein ausgewogenes Depot. "Je schwächer die Wirtschaftserholung, desto stärker der Edelmetallpreis", so Roelli. "Mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent bleibt der Kurs oberhalb der 820-Dollar-Marke."

Kaum Chancen räumt Pictet hingegen Währungswetten ein. Die Prognose: Seitwärtsmärkte bis Ende 2009, kaum noch Potenzial nach oben für den US-Dollar.

Und zu Beguelin's Ausgangsfrage? Die Antwort ist löchrig wie ein Schweizer Käse: Der Marktoptimismus sei vielleicht doch gerechtfertigt, wenn die Götter der Menschheit nicht noch einen bösen Streich spielen.

Jutta Reuffer

Wer hätte das gedacht?

Börsenkommentar. Viele Finanzinstitute verschicken Newsletter mit Themen, die Journalisten für ihre Leser aufgreifen sollen. Dabei scheint kein Bereich abseitig genug, um ihn nicht mit einem finanziellen Ratschlag und Werbung für das eigene Haus zu verknüpfen. Häufig sind die Tipps in Sachen Banalität aber kaum zu überbieten. Die aktuellen Highlights.

Dresdner Bank als Eheretter: Das Institut bietet einen monatlichen Newsletter mit "Nachrichten und Hintergrundinformationen rund um Wirtschafts- und Verbrauchertemen aus Geldanlage, Immobilien und Versicherungen". Unter den präsentierten Themen findet sich im Juni folgender Rat: "Liebe darf finanziell nicht blind machen". Die Autoren sind offenbar vom Fach, denn sie wissen "ob klassische oder wilde Ehe, ob hetero oder homo - viele Paare haben zwar verliebte Augen füreinander, machen finanziell jedoch einen Blindflug." Und die Banker haben auch einen Tipp parat: Die rund 360.000 Paare, die sich jedes Jahr in Deutschland das Ja-Wort geben, könnten "böse finanzielle Überraschungen und Geldstreit mit den richtigen Weichenstellungen vermeiden".

Urlaub in Lettland: Die Deutsche Bank nimmt die kommende Urlaubssaison zum Anlass, Tipps für die Reisekasse zu geben: "Auf den richtigen Zahlungsmix kommt es an". Neben durchaus sinnvollen Hinweisen zu Bargeld und Kreditkarten gibt es dort auch diesen Rat: Schon bei der Reiseplanung lohne sich "ein Blick, in welchen Ländern Urlauber von besonders günstigen Währungskursen profitieren". Als Beispiele werden dann Länder wie Südafrika, Namibia und einige baltische Staaten angeführt, in denen Urlauber mehr für den Euro bekommen.

Augen auf am Computer: Das Highlight des Monats kommt von der Comdirect und trägt die Überschrift: "Zahlendreher bei Online-Überweisungen vermeiden". In diesem Ratschlag wird ausgeführt, dass Tippfehler bei Online-Überweisungen "unangenehme Folgen" haben können, wenn das Geld auf ein anderes Konto überwiesen wird. Und so rät eine Banking-Expertin: "Vor dem Absenden einer Überweisung sollten Bankkunden deshalb alle Angaben sorgfältig prüfen."

In diesem Kontext möchte ich Ihnen meinen Tipp des Monats natürlich nicht vorenthalten. "Vermeiden Sie beim Aktienkauf Verluste."

Jochen Mörsch

Der Pessimismus kehrt zurück

Dax. Eine verlustreiche Handelswoche geht zu Ende. Der Aufwärtstrend im Dax ist schwer angeschlagen. Schlechte Vorgaben aus den USA drücken das Kursbarometer. Die Anleger werden zunehmend nervös. Gewinnmitnahmen setzen ein. Nur drei defensiven Aktien gelingt es, ihren Aktionären über die Woche einen Kurszuwachs zu liefern.

Hits - Platz 1: Fresenius, Wochengewinn: + 4,72 Prozent

Defensive Werte, die in der Erholungsphase ein Schattendasein fristeten, gerieten in dieser verlustreichen Woche wieder in den Fokus der Investoren. Besonders gefragt waren die "Fresenius-Zwillinge". In dieser Handelswoche gab es nur drei Gewinner im Dax. Zweimal viel der Name Fresenius.

Hits - Platz 2: Deutsche Telekom: Wochengewinn: + 3,72 Prozent

Weil auch in Krisenzeiten telefoniert wird und die Telekombetreiber ihre Kosten reduzieren können, ohne dass es der Konsument merkt, sind die Dienstleister auch in schwierigen Zeiten gefragt. Die Deutsche Telekom investiert in diesem Jahr 100 Millionen Euro weniger in den Ausbau des Breitbandnetzes in ländlichen Gegenden.

Hits - Platz 3: Fresenius Medical Care Wochengewinn: + 2,72 Prozent

An der Gesundheit wird derzeit nicht gespart. Dementsprechend sind Titel aus der Gesundheitsbranche in Bärenmärkten gefragt. FMC ist ein Liebling der Analysten und konnte

seine Stärke in dieser Woche wieder ausspielen.

Hits - Platz 4: Eon, Wochenverlust: - 0,87 Prozent

Laut einem Bericht der "Financial Times Deutschland" steht der Energiekonzern kurz vor dem Verkauf der Stadwerketochter Thüga. Ein kommunales Bündnis sei bereit, 3,5 bis 3,8 Milliarden Euro auf den Tisch zu legen. Die UBS stufte den Versorger zudem auf „Übergewichten“ hoch. Den Aktionären gefällt das. Ins Plus schafft es der viertbeste Wert in dieser Handelswoche jedoch nicht.

Hits - Platz 5: Adidas, Wochenverlust: - 1,19 Prozent

Schlechte Nachrichten dominieren bei Adidas. Der Sportartikel-Hersteller bekommt die krisengeplagte US-Tochter nicht so schnell wie erhofft in Griff. Im ersten Quartal schrieb Reebok wieder Verluste. Für den Umbau wird mehr Zeit und Geld veranschlagt.

Flops - Platz 1: K + S, Wochenverlust: - 20,98 Prozent

Eine schwarze Woche für die K+S-Aktionäre geht zu Ende. Die Aktie hat mehr als ein Fünftel ihres Wertes verloren. Eine Prognosesenkung kam sowohl bei Investoren als auch bei Analysten nicht gut an. Experten zeigten sich von den Preisnachlässen und dem Absatzausblick für 2009 schockiert. Zahlreiche Banken verschlechterten ihre Empfehlung. Sal. Oppenheim wechselte von Kaufen auf Verkaufen.

Flops - Platz 2: Commerzbank, Wochenverlust: - 12,94 Prozent

Die Commerzbank platziert eine unbesicherte Anleihe über rund eine Milliarde Euro. S&P senkt die Bonitätseinstufungen für 18 US-Banken. Die Sorgen kehren auch bei den Aktionären von deutschen Instituten zurück.

Flops - Platz 3: Daimler, Wochenverlust: - 10,30 Prozent

Auch beim deutschen Autobauer Daimler sorgte die S&P für Abgabedruck. Die Ratingagentur senkte die Bonität von Daimler von A- auf BBB+. Damit wird das Fremdkapital für den krisengeschüttelten Autohersteller teurer. Die rasante Erholung der vergangenen Wochen fand ein jähes Ende.

Flops - Platz 4: Volkswagen, Wochenverlust: - 9,99 Prozent

Die Nervosität vor dem Hexensabbat war groß. Weil viele Optionsscheine auf VW verfallen, werden bei den massiv überbewerteten VW-Stammaktien mit heftigen Turbulenzen erwartet. Bis Freitagmittag verhielt sich die VW-Aktie noch unauffällig.

Flops - Platz 5: Deutsche Post, Wochenverlust: - 9,39 Prozent

Keine guten Nachrichten liefert die Post. Das niederländische Postunternehmen TNT steigt bei Briefsendungen der Verlagsgruppe Holtzbrinck ein und will damit der Deutschen Post verstärkt Konkurrenz machen. Gleichzeitig streicht die Post bei DHL Express Hunderte Stellen.

Maximilian Pisacane

Ausblick

Wichtige Wirtschafts- und Finanzmarkttermine geben Anlegern einen Überblick, worauf sie in der kommenden Börsenwoche achten sollten.

Ifo-Geschäftsklimaindex 22.06.2009 Seit Ende 2008 verbesserte sich der Ifo-Geschäftsklimaindex, eine monatliche Umfrage unter 7000 Unternehmen. Für Mai lag der Wert bei 84,2 Punkten. Finanzprofis gehen von einer Fortsetzung des Aufwärtstrends aus und

erwarten 85,0 Punkte für Juni.

Indexänderungen 22.06.2009 Neue Gewichtungen und neue Zusammensetzungen der Indizes der Deutschen Börse werden wirksam. Finanzdienstleister OVB Holding wird in den S-Dax aufgenommen und ersetzt die Aktie von Modekonzern Escada. Außerdem steigt Glücksspielanbieter Tipp24 für den Immobilienwert Vivacon in das Börsenbarometer der Small-Caps auf.

GfK-Konsumklimaindikator 23.06.2009 Die Stimmung der Verbraucher konnte sich einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens GfK in den vergangenen Monaten nur leicht auf 2,5 Punkte erholen. Trotz der Aussicht auf leichte Einkommenseinbußen belastete das die Konsumneigung kaum. Ob sich das auch im Juni fortsetzt, zeigt der neue GfK-Konsumklimaindikator.

US-Häusermarkt 23.06.2009 Die Kapitalmärkte bewegen in dieser Woche erneut Zahlen zum US-Häusermarkt. Der Absatz bestehender Immobilien sowie die Preisentwicklung zeigen allmählich eine Verlangsamung des Abwärtstrends.

Oracle 23.06.2009 Der US-Softwarekonzern liefert Zahlen zum vierten Quartal. Analysten rechnen mit einem Gewinn je Aktie in Höhe von 0,44 Dollar. Ein starkes Geschäft sowie positive Effekte in Folge der Übernahme von Sun Microsystems geben der Aktie seit März Auftrieb.

US-Zentralbank 24.06.2009 Das Ergebnis der Sitzung der amerikanischen Zentralbank steht auf dem Plan. Bei einem Zinsniveau von 0,25 Prozent steht diese konjunkturfördernde Stellschraube nicht zur Verfügung. Wichtig sind hingegen die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung und ob sonstige marktstützende Maßnahmen wie der Kauf von Anleihen weiter anhält.

Nike 24.06.2009 Der Sportartikelhersteller verliert seine Form. Die Vorlage der Zahlen zum vierten Quartal dürfte Abbild der leichten Konsumzurückhaltung sein. Analysten schätzen den Gewinn trotzdem noch auf 0,94 Dollar je Aktie

Gerry Weber 25.06.2009 Der deutsche Modekonzern revidierte zwar sein Umsatzziel für 2009 auf 600 Millionen Euro. Das ist aber Folge des Verzichts auf weniger kreditwürdige Kunden. Ansonsten hält Gerry Weber seine Expansionsstrategie durch. Die Halbjahreszahlen dürften recht passabel ausfallen. Die Aktie ist moderat bewertet

Jutta Reuffer

Zinsticker

Die aktuellen Konditionen für Tages- und Festgeld.

Tagesgeld

Anbieter	Kontakt	für 1.000	für 50.000
		Euro	Euro
NIBC Direkt ²	nibcdirekt.de	3,30	3,30
DHB Bank ²	dhbbank.de	3,00	3,00
Oyak Anker Bank	oyakankerbank.de	2,80	2,80
Santander Direkt Bank 1	(01805) 556477	2,75	2,75
netbank 1	netbank.de	2,75	2,75

1822direkt 1	1822direkt.com	2,75	2,30
ZiraatBank	ziraatbank.de	2,50	2,50
Wüstenrot Bank	(01803) 115503	2,22	2,22
Mercedes-Benz Bank	mercedes-benz-bank.com	1,90	1,90

Festgeld

Anbieter	Kontakt	Anlagezeitraum	
		6 Monate	12 Monate
NIBC Direkt ²	nibcdirekt.de	3,50	4,00
Akbank N.V. ²	(01802) 252265	3,00	3,50
GarantiBank ²	(01801) 445555	2,75	3,25
ICICI Bank UK PLC	icicibank.de	-	3,00
ZiraatBank	ziraatbank.de	2,60	2,65
Mercedes-Benz Bank	(01803) 322265	1,80	2,60
BKM Bausparkasse Mainz	(06131) 303590	2,25	2,51
Oyak Anker Bank	(069) 29922970	2,25	2,50
Santander Consumer Bank	(01805) 556116	2,15	2,40

in Prozent pro Jahr. Auswahl bester Anbieter: Maximal ein Angebot mit limitierter Einlagengarantie; maximal zwei nur für Neukunden 1) Für Neukunden. 2) Einlagengarantie begrenzt. 3) Rendite.

Quelle:
FMH-Finanzberatung

Stand: 17.06.2009

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Vermögensverwalter. Anleger sollten wegen der Abgeltungssteuer ihre Verträge mit Vermögensverwaltern ändern - sonst verschenken sie Geld.

Anleger haben keinen Werbungskostenabzug mehr, und die Bank kümmert sich um die fiskalischen Angelegenheiten ihrer Kunden. Von diesem Gezeitenwechsel, der mit Einführung der Abgeltungssteuer am 1. Januar 2009 vollzogen wurde, sind auch die professionelle und innerfamiliäre Vermögensverwaltung betroffen.

Dabei geht es meist um Punkte, die von den Anlegern bisher kaum beachtet wurden, die für die Steueroptimierung aber wichtig sind.

Gebühren

Im Rahmen der Abgeltungssteuer wurde der Werbungskostenabzug bei Geldanlagen zwar komplett gestrichen, doch Bankspesen, Limitgebühren und Maklercourtage beim An- und Verkauf von Wertpapieren dürfen auch 2009 weiter abgezogen werden.

Das gilt auch auf Vermögensverwaltungsverträge, hier akzeptiert der Fiskus bis zu 50 Prozent der Pauschalgebühren als Transaktionskostenanteil. Der Abzug dieser All-in-Fee gilt unabhängig davon, ob der Verwalter oder der Kunde die Entscheidung über den An- und Verkauf der Wertpapiere trifft.

In beiden Fällen mindert die anteilige Gebühr steuerlich realisierte Gewinne und erhöht Verluste. Insoweit muss der Vermögensverwalter also keine Abgeltungssteuer für seine Kunden einbehalten, und die Nettorendite verbessert sich.

Vertragsinhalt

Die Minderung wird aber nur dann akzeptiert, wenn die Gebühren laut Vereinbarung auch diesen Spesenanteil beinhalten. Hier ist also ein prüfender Blick auf den Vertrag ratsam. Ideal ist es, wenn die Höhe der Transaktionskosten prozentual festgehalten wurde. Liegt diese zum Beispiel bei 40 Prozent, kann der Verwalter diesen Anteil steuermindernd berücksichtigen.

Wurde hingegen lediglich geregelt, dass die Gebühr auch die Bankspesen beinhaltet, ist das ein Unsicherheitsfaktor. So kann es im Nachhinein dazu kommen, dass Finanzbeamte pauschal nur ein Viertel oder im Extremfall noch weniger anerkennen. Zwar dürfen bis zu 50 Prozent der Pauschalgebühren abgezogen werden, doch das Maximum akzeptiert der Fiskus nur bei aktiven Depotumschichtungen. Verfäht der Vermögensverwalter eher nach der Buy-and-Hold-Strategie, wird es deutlich weniger. Hier ist also ein genauer Vertragspassus über die Kostenstruktur nötig.

Familienverwaltung

Pflichten Für ihre gemeinsamen Kapitaleinnahmen muss die Familie eine einheitliche und gesonderte Feststellungserklärung abgeben. Diese enthält auch die Verteilung der Zinsen, Dividenden und Kurserträge sowie einbehaltener Abgeltungssteuer auf die einzelnen Beteiligten. Diese Daten gehen dann in die Einkommenssteuererklärung der Mitglieder ein.

Erleichterung Bei Gemeinschaften mit wenigen Verwandten, in denen es keine tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten gibt, und die eine übersichtliche Einnahmeverteilung vorweisen können, verzichtet der Fiskus auf die Feststellungserklärung. Dann darf der familieninterne Verwalter die Steuerbescheinigung der Bank für jede Person

kopieren und darin deren Anteile vermerken. Den Beleg legt jeder Beteiligte dann nur noch seiner Einkommenssteuererklärung bei. Das reduziert die Kosten für den Steuerberater deutlich.

Depotinhalt

Die Abgeltungsteuer bringt für Anleger eine massive Erleichterung, da sie ihre Erträge in der Regel nicht mehr in der Steuererklärung angeben müssen. Damit der mühevollen Kampf mit den Formularen tatsächlich ein Ende hat, muss aber auch der Verwalter mitspielen. So sollte er nur Fonds kaufen, die sich nach den heimischen Steuerregeln richten, zumal die Auswahl groß genug ist.

Auch das sollte vertraglich eindeutig geregelt sein. Der Kunde kann hier vorgeben, dass sich der Vermögensverwalter im Zweifel für die steuerlich günstigere Variante entscheidet. So sind thesaurierende Fonds besser als ausschüttende. Auch lassen sich über Zertifikate Stundungseffekte erreichen.

Familienpool

Werden Konten und Depots innerhalb der Familie von einem versierten Angehörigen für alle Verwandten gemeinsam verwaltet, ist das oft preiswerter als der Gang zu einem Profi. Für diese Gemeinschaftsdepots kann aber kein Freistellungsauftrag abgegeben werden, sodass ab dem ersten Euro Zinsen Steuer anfällt. Hier bleibt es dabei, dass die Familie weiterhin eine Steuererklärung einreichen und die Erträge auf die einzelnen Personen verteilen muss.

Das Problem dabei ist, dass der aktive Verwalter im Familienclan oftmals für seine Tätigkeit eine Sondervergütung erhält. Diesen Extrapbonus muss er versteuern, wobei der Rest der Familie diese Zahlung nicht mehr als Werbungskosten geltend machen kann. Die Folge ist: Das Finanzamt erhält per saldo zu viel. Um das zu vermeiden, sollte die Verteilung des Jahresergebnisses vertraglich neu geregelt werden. Gibt es beispielsweise pro Kopf statt zehn nunmehr zwölf Prozent vom Ertrag und fällt dafür das Sonderhonorar weg, bleibt wirtschaftlich gesehen alles beim Alten.

Robert Kracht

Bootsbauer in der Flaute

Hanseyachts. Der Bootsbauer Hanseyachts musste auch im dritten Quartal kräftige Einbußen bei Umsatz und Ergebnis verdauen. Im Schlussquartal hofft die Firma nun zwar auf schwarze Zahlen, positive Effekte kommen vorerst aber allenfalls durch Kosteneinsparungen.

Die Wirtschaftsflaute hat die Bootsbau-Branche voll erwischt: Die deutsche Werft **Hanseyachts**, die sowohl Segel- als auch Motorboote baut, spürt weiterhin eine deutliche Kaufzurückhaltung der Kunden und musste deshalb nach einer schwachen Halbjahresbilanz im dritten Quartal erneut Rückschläge bei Umsatz und Ergebnis vermelden. Die Erlöse schrumpften im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 36,8 Millionen Euro auf 17,9 Millionen Euro. Beim Ergebnis vor Steuern und Zinsen rutschten die Hanseaten mit fast drei Millionen Euro in die roten Zahlen. Zum Vergleich: Im Vorjahr fuhr Hanseyachts noch einen Gewinn von 2,8 Millionen Euro ein.

Wie desaströs die operative Entwicklung im laufenden Jahr bislang verlief, zeigt allerdings erst der Blick auf die Zahlen der ersten 9 Monaten: Bei einem Umsatzrückgang von 55 Prozent auf weniger als 39 Millionen Euro brach das Ergebnis vor Steuern und Zinsen von plus 2,6 Millionen Euro im Vorjahr auf minus 12,8 Millionen Euro völlig in sich zusammen. Ein Hoffnungsschimmer zeigt sich momentan allenfalls im operativen Cashflow. Der fiel im dritten Quartal mit 4,3 Millionen Euro zwar positiv aus, ging allerdings vor allem auf realisierten Kosteneinsparungen bei Personalaufwendungen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurück. In den ersten neun Monaten sieht die operative Cash-Entwicklung weitaus schlechter aus. Nach einem Minus von 5,4 Millionen Euro versenkte die Firma im laufenden Geschäftsjahr bereits 13,5 Millionen Euro. Die liquiden Mittel des Konzerns betragen per Ende April zwar noch rund 11 Millionen Euro, dennoch muss Hanseyachts in den kommenden Monaten wieder deutlich mehr Wasser unter den Kiel bekommen, um durch die Wirtschaftskrise am Ende keinen Schiffbruch zu erleiden.

Mehrmarkenstrategie, Vertrieb und Service sollen Wende bringen

Um der Nachfrageflaute zu entkommen, setzten die Nordlichter auf eine Mehrmarkenstrategie, die in Zukunft auch den übernommenen Segelbootsbauer Dehler einschließen wird. Zudem will die Firma ihre Vertriebs- und Serviceaktivitäten in Skandinavien und Südfrankreich ausbauen. Kurzfristig rechnet das Unternehmen zwar weiterhin nicht mit einer Verbesserung des Marktumfelds, das Management geht aber davon aus, dass Wettbewerber ebenfalls von erheblichen Nachfragerückgängen betroffen sind.

Lars Winter

Strategie für Reebok gesucht

Adidas. Der Branchenzweite hinter Nike braucht Jahre, um sein Sorgenkind umzustrukturieren. Die vor drei Jahren gekaufte US-Tochter macht keinerlei finanzielle Fortschritte. Jetzt soll sich Reebok stärker auf Frauen und Fitness konzentrieren.

Die Hoffnungen des Sportartikel-Herstellers **Adidas** auf einen schnellen Umbau der krisengeplagten US-Tochter Reebok erfüllen sich nicht. Die Restrukturierung werde, gerechnet von der Übernahme im Jahr 2006, vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen, sagte Finanzchef Robin Stalker am Mittwochabend in Frankfurt. So gesehen ist Adidas mittlerweile schon im vierten Jahr, kann aber keine entscheidenden Erfolge vorweisen. Im ersten Quartal 2009 schrieb die US-Tochter erneut rote Zahlen.

"Eine Marke umzubauen dauert mehr als drei Jahre", sagte Stalker. "Da spielt auch die

allgemeine Wirtschaftssituation eine Rolle." Adidas müsse noch beweisen, dass sich die Strategie für Reebok auszahle.

Fokus auf Frauen und Fitness

Adidas-Chef Herbert Hainer hatte ein Sparprogramm verkündet, was auch Reebok betraf. Zudem stört sich der Konzern aus dem fränkischen Herzogenaurach an den gängigen Lockangeboten der US-Tochter. Diese sollen aus den Regalen verschwinden, die Reebok-Produkte damit teurer und margenstärker werden. Der Fokus wird stärker auf Frauen und Fitness gelegt.


So sollen die Reebok-Umsätze 2009 ohne Währungseffekte mindestens stabil bleiben. Eine Ergebnisprognose wagt der deutsche Konzern, der gut 3 Milliarden Euro für Reebok bezahlt hat, für seine Tochter nicht. 2008 fiel bei Reebok ein operativer Verlust von 7 Millionen Euro an, der Umsatz sank deutlich. Konzernweit erzielte Adidas dank Erfolgen der Kernmarke mit den berühmten drei Streifen neue Rekorde und leidet erst seit Anfang 2009 unter der Konsumflaute im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise.

Trotz aller Probleme will Adidas auf jeden Fall an Reebok festhalten. Konzernchef Hainer sprach der Tochter zuletzt immer wieder eine Bestandsgarantie aus. An der Börse wird die Übernahme dagegen immer wieder kritisch gesehen.

Stephan Ludwig

Strategie für Übernahmen formuliert

Bayer. Der Konzern hat erstmals Ideen für weitere Zukäufe konkretisiert. Die Gesundheitssparte Healthcare betrachtet Tiermedizin und Augenheilkunde als zwei der Gebiete, in denen expandiert werden könnte.

Die Nennung der Tiermedizin lässt aufhorchen, weil hier demnächst ein attraktives Geschäft auf den US-Markt kommen könnte. Für die Pflanzenschutzsparte hat  **Bayer** Anbieter von Saatgut im Auge.

Das Bayer-Management machte die Ankündigungen bei einem Treffen mit Bankanalysten Anfang Juni in Leverkusen, wie die Bank Sal. Oppenheim in einer Zusammenfassung der Veranstaltung schreibt. Öffentlich hat der Vorstand solche Details bisher nicht genannt. Ein Unternehmenssprecher betonte auf Anfrage den exemplarischen Charakter der genannten Gebiete: "Das ist auf keinen Fall als vollständige Liste zu verstehen, sondern das sind Beispiele", sagte er.

Zukäufe vor allem bei Life Science geplant

Bayer betreibt drei Sparten: Healthcare, das Pflanzenschutzgeschäft Cropscience und die Kunststoffsparte Material Science. Das Unternehmen stellt sich seit der Übernahme des Berliner Pharmaherstellers Schering 2006 mit zunehmender Betonung als "Life Science"-Konzern dar - mit diesem Begriff ist die Kombination von Medizin und Pflanzenschutz gemeint. Die Kunststoffsparte wird dagegen immer stiefmütterlicher behandelt und soll erklärtermaßen nicht durch nennenswerte Zukäufe ausgebaut werden.

Konzernchef Werner Wenning ist mit seinen Aussagen zu Akquisitionen sonst vage. Momentan nennt er wegen der Finanzkrise ohnehin Schuldenabbau und Sicherung von Barmitteln als vorrangige Ziele.

Aber die genannten Akquisitionsgebiete geben einen Hinweis, wie es strategisch für Bayer weitergehen könnte. "Es war interessant festzustellen, dass das Topmanagement einige mögliche Expansionsgebiete in Healthcare nannte: Tiermedizin, Augenheilkunde", schrieben die Analysten von Sal. Oppenheim.

In der Tiermedizin könnte es schon bald eine Gelegenheit geben - und zwar im Zusammenhang mit der Fusion der amerikanischen Pharmakonzerne Merck und Schering-Plough. Denn Merck prüft

als Erwerber gerade nach eigenem Bekunden, Schering-Ploughs Tiermedizingeschäft Intervet zu verkaufen, das früher dem niederländischen Konzern Akzo Nobel gehörte.

Bayer und der Ex-Eigner Akzo Nobel haben vor Jahren schon einmal über einen Zusammenschluss der Tiermedizinparten gesprochen, wie Akzo-Vorstand Rob Frohn der FTD 2006 sagte. Intervet wäre ein Milliardengeschäft. Anfang Juni brachte die Wirtschaftszeitung "Wall Street Journal" Bayer als möglichen Bieter für Intervet ins Spiel. Das Unternehmen lehnte eine Stellungnahme ab.

In der Augenheilkunde hat Bayer bisher nur ein Produkt in der Testphase an Patienten: den Wirkstoff VEGF-Trap. "Das Management erwähnte auch, dass angesichts einer alternden Bevölkerung eine Augenheilübernahme um VEGF-Trap herum eine interessante Kombination sein könnte", schrieb Sal. Oppenheim. In der Augenheilkunde und in der Augenpflege hatte es im vergangenen Jahr einen großen Deal gegeben, als Novartis bei Alcon einstieg. Das Unternehmen wurde mit insgesamt 39 Milliarden Dollar bewertet.

Planzenschutzsparte von Dow Chemical kein Thema

In der Pflanzenschutzsparte habe sich Bayer bei dem Analystentreff seiner Lücken im Saatgutgeschäft sehr bewusst gezeigt, schrieb Sal. Oppenheim weiter. "Das Management hat strategisch passende Ziele ausgemacht, sagt aber auch, dass Saatunternehmen gegenwärtig sehr teuer sind, weil die Eigentümer den Wert genauso gut kennen." Die Pflanzenschutzsparte von Dow Chemical sei für Bayer hingegen kein Thema. Dow Chemical muss diese Sparte möglicherweise veräußern, um eine Übernahme zu finanzieren.

Klaus Max Smolka und Matthias Pindter

Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste

News aus New York. Nach einem Anstieg der US-Börse von rund 40 Prozent seit dem März wäre eine Kurskorrektur mehr als überfällig. Das Ende der Welt ist nicht gekommen, wie man vor einigen Monaten noch befürchtete. Die USA könnten deutlich früher als Europa im dritten Quartal diesen Jahres aus der Rezession kommen und im Bruttoinlandsproduktwachstum eine schwarze Null schreiben.

Die Konjunktur- sowie die Hilfsprogramme der Regierung wirken. Das ist mit der Rallye mehr als eingepreist worden. Es gibt allerdings einige Risiken wie in Gewerbeimmobilien- oder Hypothekenmarkt, die die US-Banken belasten. Dazu verteuerte sich das Benzin seit dem Frühjahr um rund 30 Cent je Liter, ein Anstieg von mehr als die Hälfte. Das schwächt die Konsumausgaben der durch sinkende Immobilienpreise und steigende Arbeitslosigkeit gebeutelten Amerikaner, die knapp 70 Prozent des Wirtschaftswachstums ausmachen.

Technische Analysten schauen auf den S&P 500 und die Unterstützungslinie von 878 Punkten. Der Index steht derzeit mit 918 Punkten zwar mit rund vier Prozent darüber, schwankt aber seit einiger Zeit über den früheren Höchststand der Börse im Frühjahr. Experten wie Christian Bendixen von Bay Crest Partners sehen in anderen technischen Indikatoren wie relativer Stärke Warnsignale aufleuchten: "Wir befinden uns in den letzten Zügen einer Bärenmarktrallye". Die Börse könnte sich in den kommenden Wochen noch gut halten. Das Quartal ist für Portfoliomanager Ende Juni vorbei, einige werden die Kursrallye der vergangenen Monate verpasst haben und versuchen, ihre Performance auf den letzten Drücker noch zu verschönern. Doch zum Sommer hin sollte man sich daran erinnern: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste.

Thomas Jahn

Wasser marsch!

Wasser-Investments. Die Welt hat die Zeichen der Zeit erkannt und investiert Milliarden in die Ökobranchen. Allein die Chinesen pumpen 440 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2020 in regenerative Energien.

Auch in den USA steht die Förderung von Wind- und Solarkraft seit der Ära Barack Obama an vorderster Stelle. Und Wasser? Von dem wichtigsten Gut der Menschheit spricht kaum jemand. Die Bemühungen, den großen Durst zu stillen, laufen aber längst auf Hochtouren.

Denn eines ist klar: Ohne eine ausreichende Wasserversorgung ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht möglich. "Die größte Gefahr für die stockende Weltwirtschaft bildet nicht die Kreditkrise, sondern vielmehr die Tatsache, dass Grundbedürfnisse langfristig nicht mehr befriedigt werden können", sagt Burkhard Varnholt, Anlagestratege der Bank Sarasin. Und das kühle Nass spielt dabei eine zentrale Rolle. "Wasser ist der limitierende Faktor der globalen Nahrungsmittelproduktion. Die Agrarwirtschaft verschlingt 70 Prozent der weltweiten Wasserreserven", warnt der Experte.

Die Regierung in Peking bemüht sich daher mit Hochdruck um die wichtigste Ressource des Landes. Nach Berechnungen des World Wildlife Fund (WWF) sind derzeit 250 Millionen Bewohner ländlicher Regionen von Wasserknappheit betroffen, und etwa 60 Prozent der 661 chinesischen Städte verzeichneten einen saisonalen Mangel. Rund 54 Milliarden Dollar nimmt der Staat zwischen 2006 und 2010 in die Hand, um die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung zu verbessern.

2 Milliarden Euro Investitionen in Wasserwirtschaft

Auch hierzulande wird kräftig in sauberes H₂O investiert. Für 2009 prognostiziert der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Gesamtinvestitionen der Wasserversorgungsunternehmen in Höhe von 2 Milliarden Euro.

An der Börse ist der Wassersektor an Hype-Themen wie Solar- und Windenergie still und heimlich vorbeigezogen. Ein Vergleich: Der breit gefasste Solarindex Solex der Société Générale (Soc Gen) liegt auf Sicht von einem Jahr immer noch mehr als 50 Prozent in den Miesen. Das Pendant aus der Wasserbranche Wowax ist dagegen deutlich stabiler durch die Krise gekommen und weist "nur" noch einen Verlust von rund 20 Prozent auf.

Das Potenzial dieses nicht direkt handelbaren Rohstoffs ist der Investmentbranche also nicht verborgen geblieben. Mittlerweile bieten die Banken eine Vielzahl an Wasserzertifikaten an. Neben einem Open-End-Papier der Société Générale hat auch die Royal Bank of Scotland (RBS) einen vergleichbaren Tracker im Angebot.

Der von S&P berechnete Water-Index basiert auf zehn Einzeltiteln, die einem strengen Auswahlverfahren unterliegen. Während die Aufnahmekriterien börsentäglich überprüft werden, wird die Gewichtung der Mitglieder nur einmal jährlich vorgenommen. Das erhöht die Gefahr der Klumpenbildung. Den aktiven Ansatz lässt sich RBS mit einer Managementgebühr von einem Prozent pro Jahr vergüten.

Mit den weltweit 20 größten Wassergesellschaften aus den Sektoren Versorgung, Aufbereitung und Infrastruktur ist das Indexzertifikat der SocGen breiter aufgestellt. Zudem finden die Gewichtungsanpassungen quartalsweise statt, sodass das Klumpenrisiko reduziert wird. Auch die schlankere Kostenstruktur - die jährliche Managementgebühr liegt bei 0,85 Prozent - überzeugt.

Der direkte Performancevergleich der beiden Papiere spricht eine eindeutige Sprache: Der Wowax brachte es im laufenden Jahr auf ein Plus von 17 Prozent, der Water-Index von RBS schaffte dagegen nur knapp sieben Prozent. Positiv bei beiden Underlyings: Es handelt sich um Total-Return-Indizes, somit werden die Dividenden in die Kursentwicklung einberechnet.

Auch Wasserfonds bieten ordentliche Renditen

Es müssen aber nicht zwangsläufig Zertifikate sein, auch mit den angebotenen Wasserfonds ist eine ordentliche Rendite möglich. Im kurzfristigen Performancevergleich sticht der Swisscanto Water Invest heraus. Knapp ein Viertel konnte das aktiv gemanagte Portfolio der Schweizer in den vergangenen sechs Monaten hinzugewinnen. Damit schnitt der Fonds auf kurze Sicht nicht nur besser als die Zertifikate ab, sondern schlug auch Vergleichsfonds wie das Urgestein Pictet Water Fund um Längen.

Aktuell ist der Fonds in 42 Gesellschaften investiert, wobei mit knapp 30 Prozent die USA das regionale Schwergewicht sind. Mit fünf Prozent Ausgabeaufschlag und einer jährlichen Managementfee von zwei Prozent fällt die Gebührenbelastung allerdings deutlich höher aus als bei den Zertifikaten. Eine kostengünstige Anlagevariante bietet der iShares S&P Global Water. Der börsennotierte Indexfonds (ETF) bezieht sich auf ein 50 Mitglieder starkes Barometer, das damit eine höhere Diversifikation als die Vergleichsprodukte aufweist. Die jährliche Gebühr beträgt moderate 0,65 Prozent.

Wer das Einzelaktienrisiko nicht scheut, kann einen Blick auf BWT werfen. Das 1990 gegründete österreichische Unternehmen zählt mit seinen Wasseraufbereitungstechnologien zu den führenden Konzernen in der Branche. Die Analysten der Ersten Bank sehen in dem Titel eine "gute Kombination aus defensivem Wert mit attraktivem Wachstumspotenzial trotz schwachen wirtschaftlichen Umfeldes". Nach den jüngsten Quartalszahlen hoben sie ihr Anlageurteil auf "Buy" mit Kursziel 21 Euro an - ein Aufschlag von 42 Prozent auf den aktuellen Kurs von 14,93 Euro.

Christian Ingerl

Zurück in der Erfolgsspur

Expresszertifikate. Erst gefragt, dann gemieden und nun wieder "in" - Expresszertifikate locken mit guten Konditionen und Renditechancen.

Im Zuge der sich aufhellenden Stimmung an den Aktienmärkten feiern Expresszertifikate ihr Comeback. Schon während der Aufschwungphase 2003 bis 2007 waren die zu Beginn als "Callable-Zertifikate" angebotenen Produkte begehrt. Was nicht zuletzt an der leicht verständlichen Funktionsweise lag. An mehreren sich im Jahresrhythmus wiederholenden Stichtagen wird lediglich geprüft, ob der ausgewählte Basiswert sein Startniveau überschritten hat. Ist das der Fall, wird das Papier mitsamt einer fixen Prämie vorzeitig fällig. Liegt der Basiswert am ersten Termin im Minus, wird die Prämie verdoppelt, sodass auch im zweiten Jahr noch eine lohnenswerte Rendite zu erzielen ist. Am dritten Stichtag winkt folgerichtig die dreifache Prämie. Das Prozedere setzt sich fort, entsprechend der Anzahl der Stichtage.

Dank der damals positiven Aktienmarktentwicklung ging die Strategie fast immer zum ersten Termin auf. Bis es zum großen Crash kam, die vorzeitigen Erfolge ausblieben und die Kurse der Zertifikate einbrachen. Danach verschwanden die Produkte mehr oder weniger komplett aus dem Fokus der Anleger.

Dass Expresszertifikate nun wiederauferstehen, liegt neben der zurückkehrenden Risikofreude der Anleger auch an den vergleichsweise guten Konditionen. Während die Renditechancen bei vielen Zertifikateklassikern (Garantie-, Bonus-, Discountzertifikate) durch den Einbau angemessener Risikopuffer auf teilweise unattraktive Niveaus gefallen sind, können sich die aktuellen Expressangebote sehen lassen.

Die Vielfalt unterschiedlicher Expressstrukturen macht die Suche nach dem passenden Produkte

allerdings nicht leicht. Eine konkrete Marktmeinung ist daher Voraussetzung, um die Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen zu können.

Bei einem von der DZ Bank gerade neu unter dem Namen Maxirend Control aufgelegten Expresszertifikat auf den Euro Stoxx 50 etwa sind steigende Kurse gar nicht erforderlich. Hier wird die nach einem Jahr avisierte Rückzahlung von 107 Euro selbst dann ausgelöst, wenn der Index bis zu zehn Prozent unter seinem zu Wochenbeginn ermittelten Ausgangsniveau notiert. Zudem wurde nach 18 Monaten ein zusätzlicher Stichtag (mit 10,50 Euro Prämienchance) eingebaut, bevor es im Juli 2011 dann 114 Euro gibt, falls der Euro Stoxx die 90-Prozent-Schwelle am Stichtag nicht unterschritten hat. Bei höheren Verlusten sichert ein am Ende greifender Risikopuffer von 50 Prozent zumindest den Nennwert von 100 Euro. Bei noch stärkeren Rückgängen wird der Anleger allerdings am Indexminus in vollem Umfang beteiligt.

Nach einem ähnlichen Muster funktioniert das Zanonía-Deep-Zertifikat der LBBW, wo die Rückzahlungsschwelle ebenfalls bei 90 Prozent des Startwerts platziert ist. Die Jahresprämie liegt auch hier bei 7 Euro, allerdings haben Anleger an insgesamt vier jährlichen Stichtagen die Chance, diesen Bonus zu sichern. Der Puffer bei Fälligkeit im Juli 2013 liegt nur bei 40 Prozent.

Kursverlauf zwischen den Stichtagen ist unbedeutend

Eine mit Blick auf die Historie vielversprechende Variante bietet die West LB bei ihrem Flex Express auf den Euro Stoxx 50 an. Die für die Rückzahlung samt Prämie (10 Euro pro Stichtag) zu knackende Marke wird hier, ausgehend von 95 Prozent des Anfangswerts, jedes Jahr um zehn Prozentpunkte gesenkt. Am Ende der maximal dreijährigen Laufzeit erhalten Kunden damit auch bei einem Indexrückgang von bis zu 25 Prozent noch einen Betrag von 130 Euro, falls es zuvor nicht schon zu einer Rückzahlung gekommen ist. Der Puffer für den Kapitalerhalt am Ende wird bei mindestens 45 Prozent liegen. Nach einer vom Fachmagazin "Der Zertifikateberater" durchgeführten Rückrechnung hätten Anleger mit einem solchen Zertifikat in 92 Prozent aller seit Ende 1986 analysierten Fälle an einem der drei Stichtage die Prämienzahlung erhalten. In vier Prozent aller Dreijahresperioden wäre es zu - dann allerdings sehr deutlichen - Verlusten gekommen.

Interessant sind auch die zuletzt relativ häufig emittierten Memory- Expresszertifikate. Bei einem solchen Produkt der Société Générale ist die vorzeitige Rückzahlung (Schwelle bei 100 Prozent) von der jährlichen Prämie abgekoppelt. Den Kupon von acht bis neun Prozent erhalten Investoren grundsätzlich immer dann, wenn sich der Index zum Stichtag nicht mehr als halbiert hat. Gleichzeitig werden alle zuvor vielleicht nicht ausgezahlten Kupons dann mit ausgeschüttet. Nach sechs Jahren Laufzeit reicht für den Erhalt von Nennwert und aller noch offenen Kupons zudem ebenfalls das Überschreiten der 50-Prozent-Grenze.

Für alle Expressvariationen hier gilt zudem: Der Kursverlauf zwischen den einzelnen Stichtagen spielt für die Höhe der Auszahlung keine Rolle. Entscheidend sind einzig und allein die Notierungen an den jeweiligen Terminen. Das zum Beispiel bei Bonuszertifikaten existierende Risiko, dass die Renditechancen durch zwischenzeitliche Kursschwankungen ausgelöscht werden, existiert also nicht.

Thomas Koch

Weiterer Ärger mit Turbos

Knock-out-Zertifikate. Bei dieser Produktvariante locken hohe Renditen. Entwickelt sich der Basiswert allerdings anders als angenommen, droht neben dem Totalverlust auch steuerliches Ungemach. Anleger müssen schnell reagieren.

Knock-out-Produkte, auch Turbos oder Waves genannt, sind bei aktiven Tradern sehr beliebt. Mit kleinem Kapitaleinsatz lassen sich große Gewinne erzielen - vorausgesetzt, die Aktie, der Index oder die Währung, die dem Papier zugrunde liegen, bewegen sich in die richtige Richtung.

Läuft der Basiswert allerdings gegen den Anleger, drohen schnell hohe Verluste. Oft kommt es

gar zum Totalverlust. Damit der Worst Case bei der Berechnung der Abgeltungsteuer berücksichtigt werden kann, ist eine banktechnisch einwandfreie Abrechnung erforderlich. Allein eine Ausbuchung des Turbos als "wertlos" reicht nicht aus.

Zahlreiche Emittenten (Commerzbank, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC Trinkaus, Lang & Schwarz sowie Société Générale) zahlen einige Tage nach dem Knock-out-Ereignis automatisch 0,001 Euro pro Turbo. Diese Regelung gilt für Hebelprodukte, bei denen Basispreis und Knock-out-Schwelle übereinstimmen, beziehungsweise für Papiere, bei denen Basispreis und Knock-out zwar unterschiedlich sind, es aber aufgrund eines starken Kurssprungs über Nacht (GAP) zu einem wertlosen Verfall des Scheins kommt. Bei Turbovarianten, für die nach dem Knock-out ein Restwert ermittelt wird, wird dieser ohnehin ausgezahlt. Manche Emittenten bieten bei diesen Produkten obendrein noch den Rückkauf in den Tagen nach dem Knock-out an, da hier die Gutschrift auf dem Konto schneller erfolgt. Im Folgenden wird allerdings nur der wertlose Verfall betrachtet.

Da die Turbos bei den oben erwähnten Emittenten zu 0,001 Euro pro Papier aus dem Depot ausgebucht werden, wird die Differenz zum Einkaufspreis - nach derzeitiger Rechtslage - als steuerlicher Verlust behandelt. Der Anleger braucht nicht selbst aktiv zu werden. Bei vielen Emittenten müssen Trader hingegen selbst aktiv werden, sonst geht ihnen unter Umständen die steuerliche Anrechenbarkeit verloren. BNP Paribas etwa nimmt ausgeknockte Produkte fünf Tage lang im außerbörslichen Handel zu 0,001 Euro pro Papier zurück. Sehr schnell sollten Anleger bei Turbos von Sal. Oppenheim sein. Ein Verkauf zu 0,001 Euro ist hier nur am Tag des Knock-outs börslich oder außerbörslich möglich.

Bei der Citigroup ist der Verkauf am Tag des Knock-outs sogar nur im elektronischen Handel gewährleistet. Allerdings bietet die Bank noch für drei bis vier Wochen die Möglichkeit, den Turbo im telefonischen Handel zu 0,001 Euro zurückzukaufen. Bei der Citigroup denkt man inzwischen darüber nach, ebenfalls auf die automatische Abrechnung zu 0,001 Euro umzustellen.

Anleger, die Hebelprodukte der Royal Bank of Scotland (RBS) im Depot haben, können diese im Fall des Totalverlusts am Tag des Knock-outs sowie an den beiden folgenden Handelstagen über die Börse zu 0,001 Euro an die Emittentin verkaufen.

Matthias Schmitt

Der Wald wächst immer

Rohstoffe. Vor allem vermögende sowie institutionelle Investoren setzen verstärkt auf die Anlageklasse Holz. Für Privatanleger ist die Auswahl noch sehr gering.

Fast verzweifelt halten Anleger in diesen Tagen Ausschau nach sicheren Investitionsmöglichkeiten. Denn im Zuge der Finanzkrise haben nahezu alle Assetklassen kräftig an Wert verloren. Doch statt das Geld unters Kopfkissen zu legen, wollen viele Investoren lieber Sachwerte, also Dinge, die man mehr oder weniger anfassen kann.

"Die Rückbesinnung auf Sachwerte wie Wald oder Immobilien ist derzeit sehr auffällig", sagt Ferdinand Fiedler, Vorstandsvorsitzender der Vermögensverwaltung Neue Vermögen. Statt Rendite ist das Thema Wertsicherung plötzlich wichtiger.

Diese Entwicklung ist derzeit besonders bei reichen Investoren zu beobachten, die oft als eine Art Trendsetter für Privatanleger gelten. Speziell Waldinvestments bieten gerade konservativen Anlegern eine Ergänzung fürs Portfolio: "Holz schützt vor Inflation, und das automatische Wachstum sorgt für stetige Erträge", sagt Fiedler. Zudem entwickeln sich Waldinvestments völlig unabhängig von der Börse.

Investments in Ackerland und Wälder werden beliebter

Doch auch Ackerland wird als Investment bei vermögenden Investoren immer beliebter. Schon mehrfach hat Vermögensverwalter Fiedler für Kunden den Kauf einer größeren Fläche Waldes sowie Ackerlands vorbereitet und auch abgeschlossen.

"Der Trend der Zukunft wird sein, verstärkt Investments im Depot zu haben, die nicht abhängen von irrwitzigen Reaktionen der Anleger, sondern die auf Beurteilungen von unabhängigen Gutachtern basieren", prognostiziert Fiedler.

Dazu gehören neben Immobilien vor allem auch Wald und Ackerland. Der Wert eines Waldes hängt vom Holzbestand ab, der Wert eines Ackerlandes vom Boden. "Wir müssen weg von der Irrationalität, hin zur Berechenbarkeit - und das funktioniert nur über Gutachten", sagt der Vermögensverwalter.

Krisensicher und renditestark

Wald ist als Investment begehrt, weil es gleich eine ganze Menge Vorteile bietet. Die Anlageform ist renditestark und krisensicher. Die Holzpreise müssen nicht einmal zulegen, damit sich ein Waldinvestment rechnet: Weil Bäume anders als andere Rohstoffe ganz von allein wachsen, steigt ihr Wert über die Zeit automatisch an. "Die Forstwirtschaft ist ja im Grunde die Erfinderin der Nachhaltigkeit.

Die Idee, die dahintersteht, lautet, nicht mehr an Ressourcen zu nutzen als nachwachsen kann", sagt Christopher Butz, Nachhaltigkeitsexperte bei der Schweizer Fondsgesellschaft Pictet. Insofern sei das Thema Holz ein zentrales Thema für den Bereich Nachhaltigkeit.

Die Stiftung der amerikanischen Eliteuniversität Yale gilt als Vorreiter. In dem hohen Anteil sogenannter "Real Assets" sind neben Immobilien und Rohstoffen auch Wald sowie Farmland. Neben Yale bauen auch andere Stiftungsuniversitäten wie Harvard oder Stanford auf die stabilisierenden Eigenschaften von Bäumen und Ackerland aufs Portfolio. Sie besitzen Nutz- und Edelforstwälder sowie landwirtschaftliche Flächen rund um den Globus.

Die Zahl der Fonds und Zertifikate steigt

Neben einigen geschlossenen Fonds gibt es seit einigen Monaten einen Publikumsfonds von Pictet.

Der Pictet Funds Timber ist der erste Fonds, der es Privatinvestoren ermöglicht, an der Entwicklung von Forstflächen weltweit zu partizipieren. Das Fondsvermögen wird über die gesamte Wertschöpfungskette der Holzindustrie gestreut.

Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf Unternehmen, die Wälder besitzen oder verwalten. Daneben gibt es hierzulande aber auch mehrere Zertifikate, die in das Thema Holz investieren. Doch aufgepasst: Die in den Zertifikaten enthaltenen börsennotierten Unternehmen sind entweder Eigentümer von Wäldern, im Forstmanagement oder in der Holzverarbeitenden Industrie tätig.

Das bedeutet, sie sind einem Börsencrash genauso ausgeliefert wie jede andere Aktie auch. Die beste Eigenschaft eines Waldinvestments - die geringe Korrelation zu anderen Assetklassen - fehlt diesen Produkten also.

Insolvenzsicherer Waldfonds

Einen neuen Weg beschreitet nun die Vermögensverwaltung Neue Vermögen. Sie brachte jüngst ein insolvenzsicheres Zertifikat auf den ersten offenen Waldfonds an den Markt. Der Waldfonds, für den bei der Direktanlage eine Mindestsumme von 1 Million Euro nötig wäre, ist analog zu einem offenen Immobilienfonds nach deutschem Investmentgesetz konstruiert. Er investiert ausschließlich in Grund und Boden oder Rechte an Waldflächen weltweit. Nachteil: Die Gebühren sind recht hoch.

Heino Reents

Anlage im Ausland bevorzugt

Offene Immobilienfonds. Die Offenen Immobilienfonds investieren immer mehr im Ausland. Der Deutschland-Anteil ist in den Portfolios dadurch erstmalig unter 30 Prozent gesunken. Zunehmende Bedeutung in den Fonds haben Objekte in Asien. Besonders Japan zählte in den vergangenen Monaten zu den Favoriten. Die Internationalisierung zahlt sich jedoch nicht immer aus.

Offene Immobilienfonds haben ungeachtet der Liquiditätsprobleme einiger Produkte ihre Anlagen im Ausland im vergangenen Jahr weiter ausgebaut. Dies hat eine Auswertung des Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) ergeben. Der Auslandsanteil stieg von Ende März 2008 bis Ende März 2009 im Durchschnitt auf 70,2 Prozent von zuvor 68,6 Prozent. Damit liegt der Anteil deutscher Objekte in den Portfolios erstmals seit Bestehen der Fonds unter 30 Prozent. Noch vor fünf Jahren hatte der Anteil heimischer Objekte noch bei 50 Prozent gelegen und ist seitdem kontinuierlich gesunken.

Offene Immobilienfonds haben ungeachtet der Liquiditätsprobleme einiger Produkte ihre Anlagen im Ausland im vergangenen Jahr weiter ausgebaut. Dies hat eine Auswertung des Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) ergeben. Der Auslandsanteil stieg von Ende März 2008 bis Ende März 2009 im Durchschnitt auf 70,2 Prozent von zuvor 68,6 Prozent. Damit liegt der Anteil deutscher Objekte in den Portfolios erstmals seit Bestehen der Fonds unter 30 Prozent. Noch vor fünf Jahren hatte der Anteil heimischer Objekte noch bei 50 Prozent gelegen und ist seitdem kontinuierlich gesunken.

Großraum Paris ist ein Schwerpunkt geworden

Mit Abstand am beliebtesten unter den deutschen Portfoliomanagern ist Frankreich. Die Fonds besitzen mittlerweile 180 Objekte mit einem Wert von 17,1 Milliarden Euro, die ganz überwiegend im Großraum Paris liegen. Die Frankreich-Quote bei den Offenen Immobilienfonds beträgt 19 Prozent. Das Land ist damit der zweitwichtigste Standort nach Deutschland. Besonders frankophil sind die Profis von Commerz Real, die mit dem Hausinvest Europa dem größten Offenen Immobilienfonds im Angebot haben. Bei dem europäischen Produkt liegt der Anteil französischer Immobilien bei 25,5 Prozent – ein Spitzenwert unter den Betongeld-Fonds.

Die Analyse der Standorte ergibt zudem eine Vorliebe für die Großstädte. „Wesentliche Investitionsschwerpunkte der Fonds bilden Core-Immobilien an den europäischen Topstandorten, zu denen führend die Städte London, Paris und Frankfurt am Main gehören“, sagt Sonja Knorr,

Analystin bei Scope. Die Ratingagentur hat in ihrer jüngsten Analyse aufgelistet, welche Fonds beispielsweise in Städten wie London besonders stark engagiert sind.

Der Wert der britischen Objekte ist gesunken

Ingesamt ist der Wert der britischen Objekte in den Fonds laut Umfrage des BVI allerdings gesunken. In den vergangenen zwölf Monaten reduzierte sich dadurch das Großbritannien-Gewicht von 11,5 auf 9,5 Prozent. Das Absinken ist jedoch nicht auf Verkäufe zurückzuführen, sondern auf Abwertungen. Denn während die Zahl der Liegenschaften auf der Insel seit März 2008 von 61 auf jetzt 75 gestiegen ist, fiel der entsprechende Wert von 9,3 auf 8,5 Milliarden Euro. Dabei fällt auf, dass bei einzelnen Fonds mit einem hohen Großbritannien-Anteil wie dem Inter Immo-Profil von iii-Investments die Wertentwicklung in der betrachteten Periode stark gelitten hat. Andere Fonds mit vielen London-Objekten wie der Grundbesitz Europa können dagegen weiterhin eine stabile Wertentwicklung vorweisen.

Immer mehr in den Fokus der Portfoliomanager rückt in jüngster Zeit Asien. Der Japan-Anteil in den Fonds hat sich in kurzer Zeit auf gut drei Prozent verdoppelt. Auch Singapur zählt zu den Favoriten. Ob sich solche Engagements auszahlen hängt vom Einzelfall ab. Beim Morgan Stanley P2 Value mit einem besonders hohen Asien-Anteil von 33 Prozent sind zwei Drittel wiederum in Japan investiert – mit negativen Folgen für die Performance. „Aufgrund der rückläufigen Immobilienpreise in den Segmenten Wohnen und Einzelhandel wurden die Verkehrswerte nach unten angepasst“, erläutert Morgan-Stanley-Chef Walter Klug den Preisrückgang im Januar. Bei anderen Fonds mit hoher Fernost-Quote wie der Deka-ImmobilienGlobal zahlt sich die Internationalisierung bislang aus. Die Krise geht jedoch auch an Asien nicht spurlos vorbei. „Daher rechnen wir im laufenden und im kommenden Jahr mit durchschnittlich zweistelligen Mietrückgängen auf den Büromärkten. Die stärksten Mietkorrekturen erwarten wir in den reifen Märkten Singapur, Hongkong und Tokio“, schreibt Deka Immobilien im aktuellen Fondsbericht.

Wolf Brandes

Eine Frage der Geduld

Laufzeitfonds. Bereits beim Kauf eines Laufzeitfonds wissen Anleger, welcher Rendite sie kassieren. Und diese ist im Moment durchaus attraktiv - vorausgesetzt alle Schuldner zahlen.

Knapp 14 Prozent Rendite erzielte der DWS Rendite 2012 in den vergangenen drei Jahren. Ein Gewinn, von dem das Gros der Anleger nur träumen kann. Schließlich büßte der Dax in diesem Zeitraum rund 7,4 Prozent an Wert ein.

Bei dem DWS-Fonds handelt es sich um einen sogenannten Laufzeitfonds, der ausschließlich in Anleihen investiert. Das Besondere: Im Gegensatz zu geläufigen Fondstypen sind Laufzeitfonds mit einer Endfälligkeit ausgestattet.

Bis auf AS- und Mitarbeiterbeteiligungsfonds sowie offene Immobilienfonds dürfen seit 1990 alle anderen Fondsvarianten mit einer vorab bekannten Fälligkeit auf den Markt gebracht werden. Ein Blick auf die Statistik zeigt jedoch, "dass Laufzeitfonds praktisch nur Anleihen als Schwerpunkt haben", heißt es beim Bundesverband Investment und Asset Management (BVI), der die Fondsbranche vertritt. Das kommt nicht von ungefähr, schließlich haben festverzinsliche Wertpapiere sowie Laufzeitfonds in der vorgegebenen Laufzeit eine nicht zu unterschätzende Gemeinsamkeit.

Da Anleihen sich zum Laufzeitende hin ihrem Nominalwert nähern und in der Regel zu 100 Prozent zurückgezahlt werden, besteht für Laufzeitfondsanleger nur ein geringes Kursverlustrisiko. Voraussetzung ist, dem Management gelingt es, dass der Fonds und alle im Bestand befindlichen Anleihen, die in der Regel nicht getauscht werden, gleichzeitig fällig werden. Dieses Ziel ist in der Praxis jedoch kaum eins zu eins umzusetzen. "Die meisten Anleihen werden kurz vor dem Laufzeitende des Fonds fällig, einige kurz danach", sagt Thorsten Nagel, Fondsmanager des DWS Renten Direkt 2014.

Vieles spricht dafür, dass Anleger auch künftig gut mit diesen Papieren fahren. Zwar ist mit der Hoffnung, dass die Krise schneller überstanden sein wird als noch vor wenigen Monaten befürchtet, auch die Risikobereitschaft bei einigen Anlegern wieder gestiegen. Auch sind die Renditeaufschläge (Spreads) von Unternehmensanleihen gegenüber Staatspapieren geschmolzen.

Allerdings befinden sich die Renditeunterschiede immer noch auf hohem Niveau. "Von daher bieten Laufzeitfonds mit Unternehmensanleihen aktuell interessante Renditeperspektiven", sagt Peter Klingseisen, Leiter Produktmanagement bei Union Investment. Zudem konnten zahlreiche Fondsmanager bereits viele Anleihen unter pari (unter 100 Prozent) kaufen. Mit anderen Worten: Neben den regelmäßigen Zinszahlungen, die je nach Fondsausrichtung entweder ausgeschüttet oder thesauriert werden, winken bis Fälligkeit zusätzliche Kursgewinne.

Mehr Rendite als Zinsen

Auch Fondsmanager Nagel hat einige der insgesamt 29 Bonds deutlich unter pari erworben. Die jährliche Rendite des Fonds mit Fälligkeit 14. März 2014 fällt demnach mit 5,1 Prozent höher aus als die Zinszahlungen von 4,5 Prozent.

Obwohl das Gros der Anleihen parallel zum Fonds fällig wird, bleibt ein Restrisiko, sprich: Eine Renditegarantie erhalten Anleger nicht. Sie müssen darauf hoffen, dass das Fondsmanagement frühzeitig einen ausfallgefährdeten Emittenten aufspürt und die entsprechende Anleihe gegen ein anderes Papier tauscht. "Sollte es zu Zahlungsausfällen kommen, fällt auch die Rendite und unter Umständen der Rückzahlungsbetrag geringer aus", so Nagel.

Anleger, die jegliches Risiko ausschließen wollen, sollten daher eher zu einem Festgeldkonto greifen. Dort drohen - bis zur Höhe der gesicherten Einlagensumme - definitiv keine Verluste. Für etwas risikofreudigere Investoren bieten sich Laufzeitfonds hingegen als interessanter Geldparkplatz an. Wichtig ist jedoch, dass nur Anleger diese Anlageform wählen sollten, die während der Laufzeit auf ihr Geld verzichten können.

Abschlag bei vorzeitigem Ausstieg

Zum einen sind während der Fondslaufzeit Kursverluste möglich. "Anleger, die vorzeitig verkaufen, müssen durchaus mit höheren Kursschwankungen und niedrigeren Renditen rechnen", meint Klingseisen. Hinzu kommt, dass bei einem vorzeitigen Verkauf häufig ein Verwässerungsabschlag fällig wird. So müssen Anleger des DWS Unternehmensanleihen Direkt 2014 bei einem vorzeitigen Verkauf beispielsweise einen Abschlag von 1,5 Prozent hinnehmen.

Zwar würden Renten-Laufzeitfonds in diesem Jahr überproportional stark nachgefragt, bestätigt Fondsmanager Nagel. Doch führe diese Fondsgattung mit einem geschätzten Fondsvolumen von rund 20,2 Milliarden Euro noch ein Schattendasein am Markt. Und die Wahrscheinlichkeit, dass Laufzeitfonds schon bald an Bedeutung gewinnen werden, scheint begrenzt. In den vergangenen Monaten wurden nicht überproportional mehr Laufzeitfonds als andere Typen aufgelegt, hat der BVI beobachtet.

Franz von den Driesch

Marken sollen für Glanz sorgen

Banken. Ob Joker-Konto oder Dax-Fonds: Banken versuchen verstärkt, ihre Produkte als Marken zu etablieren. So wollen sie das Vertrauen der Kunden wiedergewinnen.

Das Urteil, das der I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs Ende April fällte, machte kaum Schlagzeilen. Vielen Bankern aber dürfte ein großer Stein vom Herzen gefallen sein. Die Richter, zuständig für Wettbewerbs- und Markenrecht, entschieden zugunsten der Bank in einem Streit, in den die Deutsche Börse und die Commerzbank sich verbissen hatten. Die Deutsche Börse darf ihr nicht untersagen, mit Optionsscheinen zu handeln, die sich auf den Dax beziehen.

Die Deutsche Börse berechnet Indizes wie den Dax, den MDax oder den TecDax nicht nur, sie hat sie auch zur Marke ausgebaut und sich die Namensrechte an ihnen gesichert. An den Lizenzgebühren verdient die Börse jedes Jahr Millionen. Auch die Commerzbank, deren Finanzprodukte Namen wie "Comstage ETF Dax 30 TR" tragen, hat lange Jahre Lizenzgebühren entrichtet.

Banken bauen auf starke Markennamen

Ab Mitte 2006 weigerte die Bank sich zu zahlen, nutzte das Dax-Label aber weiter. Der Rechtsstreit war die Folge. "Die Commerzbank vertritt seit Langem die Auffassung, dass Wertpapieremissionen mit Bezugnahme auf einen Index ohne Lizenzvertrag mit dem Indexsponsor und damit ohne Zahlung von Lizenzgebühren möglich sind", sagt Simone Fuchs, die Sprecherin der Bank.

Nun gaben die Richter der Bank in diesem Punkt endgültig recht. Wer den Markennamen Dax direkt nutzt, muss weiter Lizenzgebühr entrichten. Wer aber außerhalb des Produktnamens erklärt, sein Wertpapier beruhe auf dem Dax, darf dies gebührenfrei tun, solange er klarstellt, dass der Dax eine Marke der Deutschen Börse ist.

Ähnliche Produkte über Emotionen verkaufen

Das Urteil hätte für die Banken zu keinem besseren Zeitpunkt kommen können. Mehr denn je brauchen sie griffige Namen, um ihre Produkte zu verkaufen. Aus Publikumsfonds sind nach Angaben des Bundesverbands Investment und Asset Management in Frankfurt im ersten Quartal dieses Jahres 1,1 Milliarden Euro abgeflossen. Neue Geschäfte abzuschließen, ist für die Banken schwierig, denn die Konkurrenz ist groß: Insgesamt zählte das Fondsanalysehaus Lipper in Deutschland Ende März 8361 Investmentfonds.

Da vielen Kunden aber unklar ist, welche Produkte wirklich gut sind und wie genau die Fonds sich zusammen setzen, fehlen den Banken griffige Verkaufsargumente. Deshalb verbinden sie die Fantasienamen ihrer Fonds gern mit allgemein bekannten Begriffen wie dem Dax. "Gerade weil Finanzprodukte sich im Detail oft kaum voneinander unterscheiden, kann es vernünftig sein, sie emotional aufzuladen", sagt Stefan Heinisch, Finanzmarktexperte beim Kölner Marktforschungsinstitut You Gov Psychonomics.

Dax-ETFs sind bei allen Banken gleich

Besonders knifflig ist es, Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten, etwa derzeit bei den börsengehandelten Indexfonds, den Exchange-Traded Funds (ETF). Sie bilden die Wertentwicklung eines Börsensegments eins zu eins ab und werden derzeit ungewöhnlich stark beworben. Aber der Dax-ETF der Commerzbank besteht aus denselben Papieren wie der einer anderen Bank. Für die ETFs der Commerzbank muss deshalb ein Promi wie Michael Ballack als Markenbotschafter ran.

Zwar lassen sich nicht alle Bankkunden durch das Spiel mit den Marken ködern. Laut der

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) entscheiden aber immerhin zehn Prozent der Kunden nach ihrem Gefühl, wenn sie Finanzprodukte kaufen. Vor allem sie sind offen für Produkte, die durch Markenkampagnen mit Merkmalen und Emotionen verknüpft werden. Was tatsächlich dahinter steckt, tritt dabei in den Hintergrund wie etwa die Nebenkosten beim angeblich gelben Strom.

Markentricks für schöne Girokonten

Gerade Produkte, die junge Kunden ansprechen sollen, werden mit Markentricks aufgehübscht. Es gibt sogar reichlich Versuche, aus dem schönen Girokonto ein cooles Produkt zu machen. Die Deutsche Bank setzt in ihrer Modellfiliale Q110 in der Berliner Friedrichsstraße auf Haptik: Girokonto-Verträge gibt es hier in schicken Metallboxen. Der Kunde erlebt auf diese Weise den Vertragsabschluss als einen sinnlichen Vorgang, der ihn mehr fesselt als das bislang übliche Ausfüllen eines Formulars.

Auch das sogenannte Joker-Konto der Hamburger Sparkasse soll mehr sein als ein Girokonto. Neben dem Kontovertrag bekommen Joker-Kunden etlichen Schnickschnack: Rabatte beim Fastfood-Riesen Burger King, verbilligte Karten fürs Kino oder für Sportveranstaltungen oder Angebote für einen Türöffnungs-Notdienst. So ködert die Bank junge Kunden mit einem Girokonto, das happige Gebühren kostet, obwohl das Konto allein bei der Konkurrenz gratis zu haben ist.

Der Verbraucher braucht Preisklarheit und Transparenz

Heinisch rät bei derartigen Produktoffensiven aber zu Augenmaß. "Das Spiel mit den Marken im Bereich der Finanzprodukte hat auch seine Grenzen", sagt er. Schließlich gibt es neben potenziellen Neukunden auch die Bestandskunden. Und die irritiert mitunter das allzu schrille Markengetöse der Bankwerber.

Auch die Verbraucherzentralen sehen das Treiben der Banken mit Skepsis. Ihre Kritik: Gerade bei Entscheidungen zur Geldanlage oder zur Altersvorsorge ist Emotionalität fehl am Platze und stattdessen ein kühler Kopf gefragt. Die Verbraucherschützer fürchten, dass Kunden nicht in ihrem besten Interesse entscheiden, wenn Finanzprodukte zu Markenartikeln werden. "Der Verbraucher braucht Preisklarheit und Transparenz über die Konditionen, das allein hilft ihm", sagt der Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Hamburg, Günter Hörmann. "Wenn ein Image darüber wabert, verschleiert es eher das Produkt, als dass dies die Transparenz erhöht."

Lars Reppesgaard

Island ist nicht überall

Einlagensicherung. Je höher der Zins, desto niedriger die Einlagensicherung. Was bei Kaupthing noch galt ist nun Vergangenheit. Viele Staaten haben an ihren Einlagensicherungssystemen gefeilt.

Innerhalb der nächsten Wochen soll der Spuk vorbei sein. Mehr als ein halbes Jahr nach der Pleite will die isländische Kaupthing Bank ihre rund 30.000 deutschen Kunden entschädigen. Die Bank hatte in Deutschland mit hohen Festgeld- und Tagesgeldzinsen geworben und so 308 Millionen Euro von ihren Kunden eingesammelt. Vergangenen September machte die Bank Pleite. Viele Kunden zitterten um ihr Geld, denn die Fußnote, dass die isländische Einlagensicherung im Falle einer Pleite nur mit gerade einmal 20.887 Euro geradesteht, war einigen Kunden nicht bewusst. Zur Vertrauensbildung in Hochzinsangebote aus dem Ausland hat die Saga um die Bank von der Vulkaninsel nicht gerade beigetragen. Doch die Furcht ist größtenteils unbegründet.

So bietet Österreich bis Ende des Jahres eine Staatsgarantie für alle Spareinlagen bei heimischen Banken, die auch für ihre ausländischen Dependancen und deren Kunden gilt. In Deutschland aktiv sind vor allem die Deniz Bank, die Vakif Bank und die Oberbank. Ab 2010 sollen Bankeinlagen bis zu 100.000 Euro gesichert sein. Österreich erfüllt damit die Vorgaben der EU, die Deutschland erst zum 1. Januar 2011 umsetzt. Zu den Neuerungen der EU-Richtlinie 94/19/EC, die die Sparer besser schützen soll, zählt auch die Verkürzung der Wartezeit, sollte eine Bank Pleite gehen. Bislang mussten die Sparer noch drei Monate warten, mit dem 1. Juli

verkürzt sich diese Frist in Deutschland wie auch in Österreich auf einen Monat.

Die Dreimonatsregelung werden die Niederlande, Heimat von Banken wie der NIBC, der Credit Europe Bank, der Amsterdam Trade Bank und weiterer Institute, zunächst weiter beibehalten. Dort sind die Einlagen durch die Zentralbank bis maximal 100.000 Euro pro Sparer gesichert. Die Sicherungsgrenze gilt für Niederländer und auch für Ausländer, die bei einer Filiale einer niederländischen Bank ein Konto führen. Wie in Österreich erhalten die Kunden nicht nur ihren Einsteigsbetrag wieder, sondern auch das Geld, das inzwischen durch Zinsen erwirtschaftet wurde. Die Kaupthing-Kunden werden aller Voraussicht nach lediglich den Betrag erhalten, den sie bei der Bank ursprünglich eingezahlt hatten.

Weniger üppig in Sachen Höchstentschädigung ist das Einlagensicherungssystem Großbritanniens. Vor allem die Bank of Scotland - nicht zu verwechseln mit der Royal Bank of Scotland - sorgt seit einigen Monaten mit ihrem Tagesgeldkonto hierzulande für Aufsehen. Die Briten garantieren im Fall der Fälle lediglich eine Einlagensicherung von 50.000 Pfund, was momentan rund 55.000 Euro entspricht. Gesichert sind neben den Einlagen auch die Zinsen.

Markus Hinterberger

Wann kommt das Geld?

Kaupthing Bank. Schon nächste Woche fließt das Geld zurück, hatten Medien berichtet. Doch tatsächlich steht der Auszahlungstermin offiziell noch nicht fest. Es heißt also weiter warten, wenn auch nicht mehr bangen für die rund 30.000 Kaupthing-Geschädigten.

Seit mehr als einem halben Jahr warten die deutschen Kunden der isländischen Kaupthing Bank sehnsüchtig auf ihr Geld. Ihnen dürfte daher in diesen Tagen ein Stein vom Herzen gefallen sein: Schon kommende Woche sollen alle das Geld zurückerhalten, hatten verschiedene Medien berichtet. Merkwürdigerweise beriefen sich die einen auf einen Kaupthing-Sprecher, andere Berichte nannten einen Sprecher der Kaupthing-Kunden als Quelle. Doch weder auf der Kaupthing-Website in Deutschland noch in Island war bis dato kein Wort vom konkreten Auszahlungsdatum zu lesen.

Doch jetzt ist klar, das Warten ist noch nicht vorbei. Das Geld fließt, aber wohl noch nicht kommende Woche: „Ich kann das Datum nicht bestätigen. Sehr wohl aber kann ich bestätigen, dass wir sehr hart daran arbeiten, dass die Auszahlungen so schnell wie möglich erfolgen“, erklärte Helga Bjork Eiriksdottir, Sprecherin der verstaatlichten isländischen Bank Kaupthing, gegenüber dem Verbraucherportal biallo.de. Sie bestätigte auch, dass rund 30.000 Kunden von der Bank angeschrieben worden seien. Sobald das Auszahlungsdatum feststehe, werde es auf der Internetseite von Kaupthing veröffentlicht. Das Warten geht also noch ein wenig weiter.

Kaupthing-Formular unbedingt ausfüllen und zurücksenden

Ende Mai bis Anfang Juni hat die Kaupthing-Bank den betroffenen deutschen Kunden ein Formular zugesandt, mit dessen Hilfe sie die Auszahlung ihrer Einlagen beantragen können. Kunden werden darin gebeten, ihre Kontakt- und Kontodaten zu bestätigen oder gegebenenfalls zu ändern; ein frankierter Rückumschlag liegt bei. Wer bis zum 4. Juni noch kein Schreiben aus Island erhalten hatte, dem riet die Kaupthing Bank, eine kurze E-Mail-Nachricht mit vollständigem Namen und Kaupthing-Kontonummer an das deutsche Helpdesk unter germanhelpdesk@kaupthing.com zu senden. Die Bank versendet dann einen Blanko-Brief, der dem ursprünglichen Kundenansprechen entspricht.

Ansprüche auf Zinszahlungen können die Kunden indes nicht mit den Kundenanschriften anmelden. Rechnerisch entstandene, aber noch nicht ausgezahlte Zinsen erhalten die Anleger derzeit nicht zurück. Aufatmen können Termingeldkunden: Zinsen, die auf Festgeldkonten vor dem 9. Oktober angefallen sind, werden dem Guthaben zugeschrieben und mit den Einlagen ausgezahlt. Möglicherweise können Zinsen aber zu einem späteren Termin geltend gemacht werden. „Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Bank nicht genau sagen, wann und in welchem Umfang, Zinszahlungen erfolgen werden. Ein formelles Verfahren zur Bedienung der sonstigen Forderungen hat derzeit

noch nicht begonnen“, ist auf der Website zu lesen.

Brigitte Watermann

Schutz steigt auf 50.000 Euro

Bankeinlagen. Ab Juli sind Bankeinlagen in Deutschland besser geschützt. Der Bundesrat stimmte am Freitag einer Erhöhung der gesetzlichen Einlagensicherung von 20.000 Euro auf 50.000 Euro zu. 2011 soll die Mindestdeckung auf 100.000 Euro steigen. Zugleich fällt die Eigenbeteiligung des Bankkunden von zehn Prozent weg.

Zudem sollen Sparer im Entschädigungsfall fortan spätestens nach 30 Tagen ihr Geld erhalten, bislang betrug die Frist drei Monate. Der Bundestag hatte die Änderung bereits im Mai beschlossen.

Deutschland setzt damit eine EU-Richtlinie um, mit der die Einlagensicherung in der Europäischen Union vereinheitlicht werden soll. Die Länder wollen damit auch verhindern, dass es bei der Schieflage einer Bank zu einem Kundenansturm kommt. Dies würde ein Kreditinstitut erst recht in Existenznöte bringen.

Die gesetzliche Einlagensicherung schützt Giro-, Tages- und Festgeldkonten, Sparbücher, Banksparpläne und Sparbriefe und gilt für jede Bank, die in Deutschland ihren Sitz hat oder mit einer selbstständigen Tochtergesellschaft vertreten ist. Viele Banken in Deutschland haften jedoch über das gesetzlich geforderte Mindestmaß hinaus. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken garantieren jeweils die Existenz ihrer Mitgliedsinstitute, was einem Totalschutz der Einlagen gleichkommt.

Viele Privatbanken haben sich im Einlagensicherungsfonds zusammengeschlossen. Er sichert die Guthaben pro Kunden bis 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals der Bank ab. Selbst bei einem kleinen Geldhaus mit 10 Millionen Euro Eigenkapital wären somit 3 Millionen Euro pro Kunden geschützt.

Karsten Röbisch

Ja zu Europas Rentenpapieren

Interview. DWS-Rentenstrategie Ralf Schreyer hält die Ängste vor Staatsbankrott und Euro-Clash für übertrieben und sieht aktuell gute Chance für Anleihen.

Binnen kurzer Zeit hat die Ratingagentur S&P die Bonität Irlands zweimal abgewertet. 10jährige irische Staatsanleihen bringen inzwischen über zwei Prozentpunkte mehr Jahresrendite als deutsche. Müssen Anleger mit irischen Papieren um ihr Geld fürchten?

Natürlich haben die Risiken zugenommen. Die Spreads spiegeln den rasanten Anstieg der Staatsverschuldung wider, die Angst um die irischen Banken und die daraus resultierende Belastung für den Staatshaushalt. Dennoch erwarte ich nicht, dass wir in Irland einen Staatsbankrott sehen werden. Und ebenso wenig in Ländern wie Griechenland oder Österreich, deren Bonität ebenfalls kritisch betrachtet wird.

Was macht sie so sicher?

Bis vor kurzem gehörten Irland und Österreich zu den stabilsten Ländern in der Europäischen Union mit ausgeglichenem Haushalt und relativ geringer Staatsverschuldungsquote. Für normale konjunkturelle Abschwünge wären diese Staaten sogar gut gerüstet gewesen. Die aktuellen Probleme und Ängste haben ihre Wurzeln im Finanzsektor. Banken haben zwar entscheidend dazu beigetragen, dass Irland vom ehemaligen Armenhaus Europas zu einem der Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen geworden ist. Aber überlebensnotwendig sind eigene Banken für kleine Länder wie Irland oder Österreich nicht.

Was bedeutet das?

Ich gehe davon aus, dass die Banken in diesen Ländern die Krise unter Schmerzen überstehen werden. Wenn es aber ganz hart auf hart kommen sollte, lassen die Länder eher ihre Banken pleite gehen als selbst insolvent zu werden.

Sehen Sie durch die Finanzkrise größere Gefahren für den Fortbestand des Euro?

Der Euro ist aus dem heutigen Leben kaum wegzudenken. Alle profitieren von ihm: Die Unternehmen können auf stabile Wechselkursrelationen setzen, Privatleute vermeiden im Urlaub Wechselkursgebühren, kleine Länder zahlen wegen der Konvergenz weniger Zinsen und selbst Deutschland muss wegen der hohen Liquidität im Euro-Anleihengeschäft heute weniger Zinsen bieten als vor dem Euro. Für kleine Länder wäre ein Euro-Austritt eine Katastrophe, weil die Währung abstürzen könnte. Diese Länder werden alles tun, um im Währungsverbund zu bleiben. Die Europäische Union und der IWF werden sie dabei mit allen Mitteln unterstützen, um die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Euro-Raumes zu verhindern.

Sollten Anleger darauf setzen, dass die Krise beherrschbar bleibt, und jetzt Anleihen von Krisenstaaten wie Irland kaufen?

Zwei Prozent Spread zu deutschen Zehnjahresanleihen sind erheblich. Selbst wenn Irland Probleme mit der Rückzahlung einer Anleihe bekäme, fiel sie mit Sicherheit nicht komplett aus. Unter Rendite-Risiko-Aspekten sind solche Papiere deshalb für Privatanleger mit einer gewissen Risikobereitschaft interessant. Irische Staatsanleihen rentieren zurzeit sogar besser als Unternehmensanleihen deutscher Versorger. Trotz der anerkannt hohen Stabilität von E.ON oder RWE: Das Rating von Irland ist aktuell noch deutlich besser.

Lohnt sich bei 3,7 Prozent Rendite für zehnjährige Papiere überhaupt noch die Investition in deutsche Staatsanleihen.

In den kommenden zwei Jahren lohnt es sich auf jeden Fall. Die aktuelle Inflationsrate liegt bei 0,0 Prozent. 3,7 Prozent reale Verzinsung hat es in den vergangenen Jahren für zehnjährige deutsche Staatsanleihen nur selten gegeben. Und ein nennenswerter Aufwärtstrend bei der Rendite, der die Kurse absacken lassen würde, ist nicht zu erwarten.

Wird die lockere Geldpolitik nicht über kurz oder lang für stärkere Inflation sorgen und die Realrenditen aufzehren?

Wenn überhaupt nur auf sehr lange Sicht. Auch in der Boomphase bis 2008 war die internationale Geldpolitik schon relativ locker. Und doch blieb die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel in Europa unter zwei Prozent. Wo soll dann in der aktuellen Konjunkturkrise Inflation herkommen? Die Kapazitätsauslastung ist historisch niedrig, die Nachfrage sehr gering. Ich sehe für die nächsten Jahre eher die Gefahr japanischer Verhältnisse als ein Inflationsszenario.

In den vergangenen zehn Jahren sind Anleger mit Anleihen deutlich besser gefahren als mit Aktien. Hält der Trend an?

Irgendwann wird das Pendel wieder umschlagen. Auf Sicht von zehn bis 20 Jahren würde ich Aktien favorisieren. Für die nächsten ein bis zwei Jahre gilt das noch nicht. Aktuell sehe ich für europäische Anleihen überdurchschnittlich gute Chancen.

Vita

Ralf Schreyer ist seit 1991 bei der DWS tätig. Der studierte Volkswirt leitet das DWS-Team für das Europäische Rentenmanagement und ist unter anderem seit mehr als zehn Jahren als Fondsmanager für den 1987 aufgelegten DWS Eurorenta verantwortlich.

Schummeln kann teuer werden

Risikolebensversicherungen. Wer für andere Menschen finanziell verantwortlich ist, sollte eine Risikolebensversicherung abschließen. Aber: Je höher die Auszahlungssumme im Todesfall ist, desto mehr will der Anbieter über die versicherte Person wissen. Kunden sollten beim Antworten auf jeden Fall aufrichtig sein - sonst fließt kein Geld.

"Risikolebensversicherungen sind eine preisgünstige und gute Möglichkeit, Hinterbliebene abzusichern", sagt Michael Wortberg, Versicherungsexperte der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz. Anders als bei einer Kapital- oder fondsgebundenen Lebensversicherung geht es bei der Risikolebensversicherung ausschließlich darum, finanziell für den Tod der versicherten Person vorzusorgen. Lebt die versicherte Person noch, wenn die Versicherung ausläuft, ist das eingezahlte Geld für den Risikoschutz zwar aufgebraucht. Aber die Verträge sind auch nicht teuer.

Die Leistungen sind bei den Anbietern im Großen und Ganzen gleich, so dass der Preis das ausschlaggebende Kriterium für die Wahl der Police sein sollte. Eine günstige Police für eine 35-jährige Nichtraucherin über eine Summe von 160.000 Euro gibt es ab rund 115 Euro, wenn die Prämie jährlich gezahlt wird. Ein gleichaltriger, nikotinabstinenter Mann zahlt ab 170 Euro im Jahr. Die Tarifvielfalt im Markt ist allerdings groß, es gibt auch Anbieter, die für gleiche Leistungen den dreifachen Preis verlangen. Verträge für Männer sind teurer, weil sie statistisch gesehen ein höheres Risiko haben, früh zu sterben.

Der Betrag, der im Todesfall an Hinterbliebene ausgezahlt wird, sollte nach Wortbergs Empfehlung bei Eltern mit kleinen Kindern das Vierfache des Jahreseinkommens betragen. Mit der Versicherungssumme steigt die Prämie. Die Absicherung über 1 Millionen Euro kostet weit über 1000 Euro im Jahr oder mehr. Gerade bei hohen Summen lohnt es sich deshalb, mehrere Angebote einzuholen. Bei Preisvergleichen im Internet sollten Kunden beachten, dass sie oft nicht neutral sind und günstige Anbieter fehlen, sagt Wortberg. Eine ganze Reihe von Faktoren können aber dazu führen, dass der Vertrag sehr viel teurer wird, etwa wenn der Versicherte raucht, Motorrad fährt oder Extremsportarten wie Eisklettern betreibt. Auch extremes Übergewicht treibt die Prämie. Oft sind Angebote von Direktversicherern, die ohne Vermittler und Geschäftsstellen arbeiten, günstiger als die von traditionellen Unternehmen.

Anbieter werden skeptischer

Vor dem Abschluss eines Vertrags führen die Anbieter eine Risikoprüfung durch und stellen Fragen zum Gesundheitszustand. "Es ist wichtig, sie wirklich sauber und ordnungsgemäß zu beantworten, damit Angehörige keine Schwierigkeiten bekommen", sagt Wortberg. Stirbt der Kunde, prüfen Versicherer oft, ob ihnen wichtige Informationen vorenthalten wurden. Hat der Verstorbene etwa eine Tumorerkrankung nicht angegeben und stirbt an Krebs, wird die Gesellschaft Schwierigkeiten machen. Nach Wortbergs Erfahrungen hat die Skepsis der Anbieter nach dem Tod von Kunden erheblich zugenommen.

"Bei der Antragsprüfung werden die eingeholten Daten auf Plausibilität geprüft, Nachfragen erfolgen schriftlich", erklärt eine Sprecherin des Direktversicherers Asstel, einer Tochter des Kölner Versicherers Gothaer. Asstel will unter anderem wissen, wie groß und wie schwer die versicherte Person ist, ob sie in den vergangenen zehn Jahren wegen eines Suchtproblems behandelt oder beraten wurde und ob sie von Atemungsproblemen bis zu Vergiftungen Vorerkrankungen hat. Außerdem muss der Kunde einen Arzt angeben, der über ihn Auskunft geben kann. Stirbt der Versicherte, kann der Versicherer hier Auskünfte einholen. "Es erfolgt keine obligatorische Prüfung im Leistungsfall", sagt die Sprecherin. Im Einzelfall werde bei Tod durch Krankheit nach der Erstdiagnose gefragt. "Weiteres ergibt sich im Zweifel daraus."

Auch gelegentliches Rauchen zählt

Je höher die Versicherungssumme, desto eingehender ist die Risikoprüfung. "Ab einer Versicherungssumme von 200.000 Euro führt CosmosDirekt grundsätzlich eine Arztanfrage durch", sagt ein Sprecher von CosmosDirekt, dem Direktversicherer der Generali-Gruppe. Hier unterscheidet sich die Geschäftspolitik der Anbieter. HDI-Gerling verlangt keine Gesundheitsprüfung bei einem Eintrittsalter des Kunden bis 50 Jahre, wenn die Todesfallsumme im ersten Versicherungsjahr unter 400.000 Euro liegt. Ab einer Versicherungssumme von 1 Millionen Euro will der Versicherer ein ärztliches Zeugnis und einen HIV-Test sowie bestimmte Blutwerte wie den Gamma-GT-Wert sehen, der Auskunft über Alkoholkonsum gibt. Bei einer Versicherungssumme von mehr als 2,5 Millionen Euro ist die Untersuchung noch umfangreicher, hinzu kommen etwa ein vollständiges Blutbild und der Nüchternblutzucker.

Viele Versicherer haben Nichtraucher tarife, die erheblich billiger sind als Raucher tarife. Für diese Nichtraucher-Verträge sollten sich wirklich nur Personen entscheiden, die definitiv nikotinabstinent sind, sagt Wortberg. Versicherer haben auch bei wirklichen Gelegenheitsrauchern kein Nachsehen. Gibt sich ein Raucher als Nikotin-Abstinenzler aus, haben die Angehörigen nach seinem Tod große Probleme. Das gilt auch, wenn er nur extrem wenig Zigaretten geraucht hat. "Bei so einer Obligenheitsverletzung kann der Versicherer vom Vertrag zurücktreten", sagt eine Sprecherin von HDI-Gerling.

Anja Krüger

Internist geht nicht als Allgemeinmediziner durch

Private Krankenversicherung. Wenn ein Tarif die Behandlungskosten nur für ausdrücklich genannte Ärzte wie Allgemeinmediziner zu 100 Prozent übernimmt, ist das nicht zu beanstanden. Konsultiert der Kunde dann einen hausärztlichen Internisten, darf der Versicherer laut Bundesgerichtshof die Rechnung kürzen.

Privat Krankenversicherte müssen die Vertragsbedingungen so genannter Hausarzt tarife akkurat studieren - und sich wortgetreu daran halten. Das ergibt sich aus einem Urteil des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe (IV ZR 11/07).

Die Richter entschieden im Fall des Elementartarifs der Axa Krankenversicherung. Die Gesellschaft beteiligt sich dort grundsätzlich nur zu 80 Prozent an den Kosten für die ambulante Behandlung. Eine 100prozentige Erstattung gibt es laut Vertragsbedingungen nur, wenn der Patient zunächst einen zum Beispiel in den Klauseln explizit genannten "Arzt für Allgemeinmedizin/praktischer Arzt" aufsucht.

Dagegen richtete sich der Kläger. Er habe wegen der gekürzten Erstattung einen jährlichen Ausfall von 500 Euro. Der Versicherte argumentierte, er sei bei einem Internisten in Behandlung, der im Sinne des Hausarztmodells der gesetzlichen Krankenversicherung anerkannt ist. Diese Behandlung ist seiner Ansicht nach der eines praktischen Arztes gleichzustellen und auch so zu erstatten.

Das sahen die Karlsruher Richter anders. Ein hausärztlicher Internist zähle nicht zu den in der Ausnahmeregel aufgeführten Ärzten. Der Wortlaut der Tarifklausel sei klar, der Begriff Hausarzt werde nicht mal verwendet. Der Patient könne daher auch nur eine Kostenerstattung zu 80 Prozent erwarten.

Britta Langenberg

Keine englischen Verhältnisse

Gesundheitskosten. Die Deutschen lehnen englische Verhältnisse in der medizinischen Versorgung ab. So sollte das Alter eines Patienten nach Ansicht der Bundesbürger kein Kriterium für medizinische Behandlung sein, ergab eine aktuelle Umfrage des Marktforschers GfK im Auftrag der Allianz Deutschland.

Harsch wenden sich die Bundesbürger laut der repräsentativen Studie vor allem gegen Altersgrenzen für einzelne medizinische Behandlungen, beispielsweise die Verweigerung von Hüft-Operationen für Patienten ab 65 Jahren. Gut 80 Prozent der Befragten lehnen solche Beschränkungen klar ab, fast 60 Prozent sogar kategorisch.

Deutlich ist der Widerstand der Bundesbürger bei der Rationierung von Gesundheitsleistungen nach dem Kriterium Alter aber auch in anderen Situationen: Wenn etwa eine 32jährige und ein 67jähriger eine Niere per Organtransplantation benötigen und die Bedingungen dafür gleich gut sind, votieren deutliche 55 Prozent der Befragten dagegen, dass der jüngere der beiden Patienten bevorzugt behandelt wird. Nicht einmal zehn Prozent würden den Jüngeren klar vorziehen.

Wenn sie wählen müssten, machen die fast 1040 Befragten die Zuteilung medizinischer Leistungen eher von anderen Kriterien abhängig: Eindeutig befürworten sie die vorrangige Behandlung lebensbedrohlicher und akuter Erkrankungen (86 Prozent), immerhin fast zwei Drittel halten die Kosten einer Behandlung für ein Kriterium und gut 55 Prozent die Länge der Wartezeit. Sprich: Wer schon länger auf eine Leistung wartet, soll sie dann auch eher bekommen.

Mit der Umfrage will die Allianz, die selbst einen privaten Krankenversicherer betreibt, eine von Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe jüngst angestoßene Diskussion über die Priorisierung medizinischer Leistungen weiter vorantreiben. Nach Lesart des Unternehmens wünscht auch die Bevölkerung eine öffentliche Debatte über die gerechtere Verteilung und mehr Transparenz bei der Vergabe medizinischer Leistungen. Ob das stimmt, ist allerdings fraglich. Die Allianz hatte danach gar nicht direkt gefragt.

Zwar rechnen mehr als 80 Prozent der Deutschen laut der Studie in den nächsten Jahren mit weiteren Einschnitten bei der medizinischen Versorgung. Beim Ist-Zustand verteilen sie aber noch keine schlechten Noten: Immerhin mehr als die Hälfte der Befragten beurteilen das deutsche Gesundheitswesen persönlich als gut oder sehr gut.

Britta Langenberg

Klimaschutz aus Eigennutz

Sanierung. Auch die Immobilienlobby fordert Hilfe vom Staat. Energieeffiziente Gebäudesanierungen sollen leichter von der Steuer abgesetzt werden können. Die Idee klingt gut, hat aber gravierende Nachteile.

Der Ruf nach Staatshilfen ist in diesen Tagen nichts Außergewöhnliches mehr. Aus fast allen Branchen ertönt er - und stets gibt es eine passende Begründung: Es geht um die Rettung von Arbeitsplätzen und den Erhalt von Schlüsselindustrien. Pünktlich vor der Bundestagswahl meldet sich nun der Immobilienverband (IVD) mit einer eigenen Wunschliste zu Wort. Sie beinhaltet auch die Forderung nach staatlichen Hilfen für die energieeffiziente Sanierung von Wohngebäuden, etwa durch Abschaffung des steuerlichen Tatbestands des anschaffungsnahen Herstellungsaufwands. Er schreibt vor, dass Kosten, die innerhalb von drei Jahren nach Erwerb einer Immobilie anfallen und 15 Prozent des Kaufpreises übersteigen, nicht sofort abgezogen werden dürfen, sondern dem Kaufpreis zuzuschlagen sind. Die Aufwendungen sind dann nur über die jährlichen Abschreibungen absetzbar.

Der IVD will sein Begehren aber nicht mit dem anderer Branchen gleichgesetzt wissen. "Dies ist kein Hilferuf der Ärmsten der Armen", räumt Bundesgeschäftsführer Sven Johns ein. Dem Verband geht es nach eigenem Bekunden darum, den privaten Hausbesitzern bei der Sanierung unter die Arme zu greifen. "Wir beobachten eine Zweiteilung des Marktes", sagt Johns. Während gewerbliche Vermieter die energieeffiziente Sanierung zügig angingen, herrsche bei den privaten Gebäudebesitzern Stillstand.

Johns führt dies auf die unterschiedlichen Kalkulationszeiträume der Investoren zurück. Gewerbliche Vermieter würden in längeren Zeiträumen planen als private. Eine ökologische Sanierung erfordert nicht nur viel Geld, sondern auch Geduld. Nach Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur verschlingt die Modernisierung eines Einfamilienhauses bis zu 70.000 Euro. Die erzielten jährlichen Einsparungen bei den Betriebskosten gleichen die Investitionen erst nach 14 Jahren aus. Berechnungen für Mehrfamilienhäuser gibt es zwar nicht, der Amortisationszeitraum dürfte aber gleich sein. Nach Ansicht von Johns schreckt das viele Bauherren ab. "Private Hausbesitzer sind oft nur dann zu Investitionen bereit, wenn sie sich nach spätestens acht Jahren auszahlen."

Sanierungsstau bei Bestandsimmobilien

Die Erfahrungen der Staatsbank KfW bestätigen dies jedoch nicht. Laut einer Sprecherin werden die Fördermittel zu jeweils einem Drittel von Selbstnutzern, privaten Vermietern und gewerblichen Wohnungsgesellschaften abgerufen. Sie erhalten von der KfW pro Wohneinheit bis zu 75.000 Euro als zinsgünstiges Darlehen sowie Tilgungszuschüsse, sofern der Energieverbrauch des Hauses nach der Sanierung mindestens dem Niveau eines Neubaus entspricht. Unabhängig von Richtwerten fördert die Staatsbank auch Einzelmaßnahmen mit maximal 50.000 Euro pro Wohneinheit.

Aus ökologischen Gründen sind zusätzliche steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen durchaus sinnvoll. Bis 2020 will die Regierung den CO₂-Ausstoß in Deutschland um 40 Prozent senken. Um das Ziel zu erreichen, wären energieeffizientere Gebäude ein gutes Mittel. Sie verbrauchen 41 Prozent der gesamten Energie. Das Einsparpotenzial ist immens. "Bei den Bestandsimmobilien hat sich ein großer Sanierungsstau gebildet", sagt Thomas Beyerle, Chefanalyst der Immobiliengesellschaft Degi. Auch der Gesamtwirtschaft käme ein staatlich initiiertes Sanierungsprogramm zugute. Damit ließen sich erhebliche Investitionen auslösen, die Baufirmen, Zulieferern und Architekten Aufträge bringen. "Wenn man 20 bis 30 Prozent des Sanierungsbedarfs kurzfristig aktiviert, wäre das hilfreich", sagt Beyerle.

Grundsätzlich steht er staatlichen Eingriffen aber skeptisch gegenüber. Besonders die Immobilienwirtschaft habe in den vergangenen Jahrzehnten etliche Subventionen erhalten. "Wir können nach dem Bau nicht noch flächendeckend die Sanierung bezuschussen", sagt Beyerle. Etwaige Hilfen müssten daher zeitlich und auf bestimmte Gebäude begrenzt sein. Zumal staatliche Eingriffe immer zu Marktverwerfungen führten.

Diese sind auch zu erwarten, wenn der Vorschlag des IVD umgesetzt wird. Die Lockerung des Steuerrechts würde vor allem Hausbesitzern nützen, die nicht sanieren. Denn die Kosten für eine aufwendige Modernisierung werden in der Regel im Kaufpreis berücksichtigt. Könnten Investoren die Kosten sofort absetzen, wären sie bereit, höhere Preise für Altbauten zu zahlen. So entsteht der Eindruck, als gehe es dem IVD weniger um den Klimaschutz als um den Werterhalt der Häuser seiner Mitglieder.

Karsten Röbisch

Teures Ländle

Immobilien-Kompass: Stuttgarter Umland. Wohnen in Stuttgart ist begehrt und teuer. Viele, die in der schwäbischen Metropole arbeiten, schauen sich deshalb in den Nachbarstädten um. Dort gibt es interessante Alternativen.

Stuttgart zeichnet sich durch eine besonders hohe Wirtschaftskraft aus und sorgt so für ständigen Zuzug von Neubürgern in der Region. Das macht sich auch auf dem Immobilienmarkt bemerkbar. Eine sehr geringe Leerstandsquote und wenige Neubauten halten die Preise in der baden-württembergischen Hauptstadt hoch. In guten Lagen gibt es unter einer halben Million Euro kaum eine Immobilie zu haben (📄 www.capital.de/immobilien-kompass/stuttgart). Umso stärker rücken daher die Nachbargemeinden Leonberg, Ludwigsburg und Esslingen in den Fokus von Zuzüglern und auch denjenigen, denen die Landeshauptstadt zu teuer wurde.

Das benachbarte 📄 **Leonberg** etwa liegt nur 13 Kilometer von Stuttgart entfernt. Viele Unternehmen haben sich in der Kreisstadt in vergangenen Jahren angesiedelt, doch auch für Pendler nach Stuttgart ist die Stadt mit 45.000 Einwohnern als Wohnort attraktiv, weil sie von hier aus in rund zehn Minuten mit dem Auto in der Landeshauptstadt sind. Leonberg liegt im Grünen und besitzt deshalb einen hohen Freizeitwert.

Dennoch liegen hier die Immobilienpreise deutlich unter denen 📄 **Stuttgarts** . Während die Preise in der Landeshauptstadt für ein Einfamilienhaus in der Spitze drei Millionen Euro erreichen können, liegen sie in Leonberg in den Toplagen bei bis zu 1,2 Millionen Euro.

Die beliebtesten Stadtviertel Leonbergs sind 📄 **Burghalde** , 📄 **Engelberg** und 📄 **Gartenstadt** . Dabei gilt Burghalde nicht nur als begehrteste Lage Leonbergs, sondern ist in der ganzen Region als Wohnadresse gefragt. Der Stadtteil liegt am Südhang des Engelbergs; Ärzte und Unternehmer fühlen sich hier in Villen auf großen Grundstücken wohl. Die Preise können daher in Ausnahmefällen auch schon mal 1,5 Millionen Euro für ein repräsentatives Objekt erreichen. Eigentumswohnungen kosten zwischen 1500 und 3000 Euro je Quadratmeter.

Ähnlich teuer wie Burghalde ist der Stadtteil 📄 **Engelberg**. Großzügig geschnittene Grundstücke mit älteren Villen und gewachsenem Baumbestand prägen das Bild des Stadtteils. Obwohl es hier sehr ruhig ist, ist man in nur fünf Minuten in der Leonberger City. Das Viertel verjüngt sich durch den Generationenwechsel: In letzter Zeit sind verstärkt Familien zugezogen, auch einige Neubauprojekte werden verwirklicht. Makler rechnen hier in den kommenden Monaten mit leicht steigenden Preisen.

Ebenfalls gefragt, aber von den Preisen her deutlich moderater ist die 📄 **Leonberger Gartenstadt**. Das ist ein gewachsener Stadtteil, in dem sich Jung und Alt zu Hause fühlen. Die Architektur ist eher herkömmlich, auch Reihenhäuser finden sich hier. Ein Einfamilienhaus kostet bis zu 650.000 Euro, die Mieten liegen zwischen 6,50 und neun Euro je Quadratmeter.

Esslingen: Die mittelalterliche Puppenstube

Auch die Kreisstadt **Esslingen** - zehn Kilometer von Stuttgart entfernt - ist mit gut 91.000 Einwohnern eine beliebte Alternative zur Landeshauptstadt. In Esslingen fühlt man sich in eine mittelalterliche Puppenstube versetzt: Jahrhundertalte Stein- und Fachwerkhäuser machen die Altstadt zu einem Schmuckstück. Und eine alte Burg gibt es auch.

Die beliebtesten Stadtteile sind Hohenkreuz und die Altstadt Esslingens. In Hohenkreuz reichen die Preise für Einfamilienhäuser bis zu einer Million Euro. Der Quadratmeter Eigentumswohnung kostet zwischen 1700 und 3000 Euro, die Mieten liegen bei bis zu zehn Euro.

Das historische Ambiente der **Altstadt** zieht viele Bürger Esslingens an. Geräumige Wohnungen sind jedoch kaum zu finden - auf Grund der vorherrschenden Fachwerkarchitektur. Etwas außerhalb der Kernstadt, östlich unterhalb der Burg, finden sich jedoch schöne Villen auf großzügigen Grundstücken, zu Preisen von bis zu 800.000 Euro, die jedoch in Einzelfällen auch die Millionen-Euro-Grenze überschreiten können.

Die Barockstadt **Ludwigsburg** kann ebenfalls Stuttgart Einwohner abspenstig machen. Eine schöne Architektur und ein breites kulturelles Angebot sowie deutlich geringere Aufwendungen für das Wohnen locken Einwohner an. Allerdings ist Ludwigsburg in den Teilen, die dicht an Stuttgart liegen, auch ähnlich teuer. Die Mieten erreichen hier in der Spitze bis zu elf Euro je Quadratmeter. Bei Einfamilienhäusern mit Preisen in den Toplagen von bis 800.000 Euro ist Ludwigsburg allerdings günstiger.

Die gefragtesten Viertel Ludwigsburgs sind **Salonwald**, **Schlösslesfeld**, **Ossweil** und die **Innenstadt**. Die Preise bewegen sich in diesen Stadtteilen auf ungefähr gleichem Niveau. Etwas teurer ist **Salonwald** mit durchschnittlich bis zu 800.000 Euro für ein Einfamilienhaus und 3200 Euro je Quadratmeter bei Eigentumswohnungen. Herrschaftliche Villen finden sich hier, deren Preise allerdings auch deutlich über dem Durchschnitt liegen können. Der Freizeitwert ist ebenfalls hoch. In fünf Minuten ist man von hier aus im Wald, ohne auf die Nähe zur Innenstadt verzichten zu müssen. Das Immobilienangebot in Salonwald ist knapp, doch lassen einige Neubauprojekte darauf hoffen, dass Interessenten hier demnächst eher zum Zuge kommen.

Auch die **Innenstadt** mit ihren gut erhaltenen Gründerzeitbauten ist ein begehrter Wohnort in Ludwigsburg. In dem idyllischen, aber sehr lebendigen Zentrum werden nicht mehr die Preise erzielt wie noch vor einiger Zeit. 3000 Euro kostet lediglich noch der Quadratmeter Eigentumswohnung in ausgewählten Spitzenobjekten, wer unterhalb von 2500 Euro pro Quadratmeter bleiben will, hat es allerdings auch sehr schwer, etwas passendes zu finden.

Wolfgang Ludwig

Fiskus muss Eigenheimzulage nicht gewähren

Ferienimmobilien. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs muss es die Eigenheimzulage auch für Domizile im EU-Ausland geben. Das Finanzgericht Niedersachsen hat jedoch sehr strenge Voraussetzungen dafür formuliert. Handwerkerrechnungen können aber weiterhin abgesetzt werden.

Aufgrund des EuGH-Urteils können Förderanträge für Altfälle noch eingereicht werden, wenn der ehemalige Bauantrag oder Kaufvertrag vor 2006 datiert. Dann gibt es die Grund- und Kinderzulage noch für acht Jahre.


Allerdings muss der heimische Fiskus die nachträgliche Erstattung nicht für Zweit- oder Ferienwohnungen im Ausland gewähren, wie aus einem aktuellen Beschluss des Niedersächsischen Finanzgerichts hervorgeht (Az.: 9 V 80/09). Denn dafür muss die Auslandsimmobilie mit dem Zweck angeschafft worden sein, um dorthin den Wohnsitz zu verlegen und den in Deutschland aufzugeben.

Diese strenge Sichtweise gilt allerdings nicht bei Steuerermäßigungen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Hierzu muss das Domizil innerhalb der EU lediglich für Wohnzwecke geeignet sein. Diese Voraussetzung erfüllen auch Zweit- oder Ferienwohnungen, sodass Rechnungen von spanischen Handwerksfirmen auch die Steuerlast in Deutschland mindern.

Robert Kracht

Baugeld

Aktuelle Konditionen. Die Konditionen für Baugeld mit fünf-, zehn- und 15-jähriger Bindung.

Unter  **Baugeldvergleich** lassen sich individuell günstige Angebote berechnen.

Baugeld

Zinsbindung: 5 Jahre

Anbieter	Kontakt	bis 70%	bis 90%
		Beleihung	Beleihung
HypothekenDiscount 2	(0800) 6008060	3,70	4,32
Interhyp 2	(0800) 200151515	3,71	4,33
FIBA ImmoHyp 2	(0721) 6276710	3,75	4,38
Deutsche Bank	(01818) 1000	3,83	4,09
Gladbacher Bank	(02161) 249325	3,85	4,42

Baugeld

Zinsbindung: 10 Jahre

Anbieter	Kontakt	bis 70%	bis 90%
		Beleihung	Beleihung
Interhyp 2	(0800) 200151515	4,49	5,00
Accedo 2	(0921) 5607050	4,49	5,00
Dr. Klein 2	(0800) 8833880	4,49	5,00
Gladbacher Bank	(02161) 249325	4,44	5,01
ING-DiBa	((01802) 229444	4,49	5,01

Baugeld

Zinsbindung: 15 Jahre

Anbieter	Kontakt	bis 70%	bis 90%
		Beleihung	Beleihung
HypothekenDiscount 2	(0800) 6008060	4,79	5,33
Accedo 2	(0921) 5607050	4,82	5,32
DTW-Immobilienfinanzierung 2	(0621) 867500	4,82	5,38
Deutsche Bank	(01818) 1000	4,92	5,23

Gladbacher Bank	(02161) 249325	4,92	5,49
Effektivzinsen in Prozent pro Jahr für 200.000 Euro Darlehen und zwei Prozent Tilgung. Bei der Auswahl der günstigsten Angebote werden maximal drei Vermittler berücksichtigt und mindestens zwei überregionale Geldgeber. 1) Beleihungsgrenze bezogen auf den Kaufpreis. 2) Kreditvermittler. 3) Kein Angebot.			
Quelle: FMH-Finanzberatung		Stand: 17.06.2009	

Schuldzinsen clever zuordnen und voll absetzen

Vermietung. Vermieter können Darlehenszinsen als Werbungskosten absetzen. Das gelingt auch bei Mehrfamilienhäusern, die teilweise selbst bewohnt werden. Ein neues Urteil des Bundesfinanzhofs eröffnet neue Gestaltungsspielräume.

Bauherren oder Käufer von Immobilien, die teils vermietet und teils selbst bewohnt werden, können Schuldzinsen gezielt zuordnen und damit als Werbungskosten absetzen. Nach aktuellem Urteil des Bundesfinanzhofs ist eine Aufteilung nach Kaufpreis oder Baukosten möglich, wenn der Kaufvertrag eine genaue Zuordnung des Gesamtpreises auf die verschiedenen genutzten Immobilienflächen ausweist (IX R 35/08). Dies bringt gegenüber einer Aufteilung nach Fläche Vorteile, wenn der vermietete Teil teurer ist und hierdurch das steuerliche Abzugspotential der Finanzierungskosten steigt.

Das Urteil sichert auch weitergehende Gestaltungen ab: Finanzieren Vermieter eine gemischt genutzte Immobilie mit Kredit und Eigenmitteln, können sie die Schuldzinsen selbst bei teilweiser Eigennutzung vollständig als Werbungskosten absetzen. Dabei sollten sie aber darauf achten, dass Zahlungen an Baufirma oder Notar nicht nur über ein Bankkonto laufen.

Damit der bei Bau oder Kauf aufgenommene Kredit beim gemischt genutzten Gebäude vorrangig den vermieteten Flächen zugeordnet werden kann, ist dem Finanzamt lediglich nachzuweisen, dass der vermietete Teil komplett fremdfinanziert wird. Dieser Aufteilung folgen die Beamten, sofern die Kosten für den eigengenutzten und den vermieteten Teil gesondert ausgewiesen sind. "Dies gelingt leicht durch von vorneherein vereinbarte separate Abrechnungen des Bauunternehmers oder Aufteilung des Kaufpreises im Notarvertrag", rät Manuela Wängler von der Kanzlei Ebner Stolz Mönning Bachem in Stuttgart.

Werden nun die Aufwendungen für die vermietete Wohnung gesondert mit Darlehensmitteln bezahlt, steht dem Komplettabzug dieser Finanzierungskosten nichts mehr im Weg. Auf dem einen von zwei getrennten Konten werden die Fremdmittel für den vermieteten Teil und auf dem anderen die eigenen Ersparnisse sowie der noch benötigte Kredit für die eigene Wohnung deponiert. Die Überweisungen erfolgen dann zielgerichtet je nach Zuordnung an den Bauunternehmer oder auf das Notaranderkonto. Nach dem Einzug wird erst einmal das Darlehen getilgt, das für die eigene Wohnung aufgenommen worden ist. "Damit sinkt zwar die Belastung insgesamt, nicht aber die Höhe der Werbungskosten", sagt Wängler.

So entfällt das Eigenkapital steuerlich nur auf die eigenen vier Wände. Stehen größere Renovierungen oder Erhaltungsmaßnahmen an, ist die lukrative Aufteilung auch hier möglich. Weist der Handwerker in seiner Rechnung getrennte Positionen für die vermietete und eigengenutzte Wohnung auf, kann der aufgenommene Kredit etwa für die neuen Fenster beim Mieter voll abgesetzt werden.

Volker Votsmeier

Später Geldsegen vom Finanzamt möglich

Kapitalbesteuerung. Anleger sollten ihre Steuerbescheide genau prüfen. Oft lohnt ein Einspruch. Wer sich wehrt, kann von Musterklagen profitieren. Welche Verfahren Anleger im Blick haben sollten.

Spekulationsgeschäfte: Die Frage, ob jemand Aktien verkaufen kann, um Verluste zu realisieren, und die Titel kurzfristig wieder ordern darf, plagt Experten seit Langem.

Gestaltungsmisbrauch sagen die einen, systemimmanent und legitim die anderen. Das Finanzgericht Baden-Württemberg hat sich auf die Seite des Anlegers gestellt (Az.: 1 K 51/06) – nun kommt es auf den BFH an (Az.: IX R 60/07). Auch das Finanzgericht Münster entschied zugunsten eines Steuerzahlers, der allerdings einige Tage mit dem Rückkauf gewartet hatte und ihn dann mit einem neuen Kurstief begründen konnte (Az.: 10 K 3380/04 E). Auch hier hat der BFH das letzte Wort (Az.: IX R 55/07).

Werbungskosten: Dividenden und Spekulationsgewinne waren – bis zur Einführung der Abgeltungsteuer – nur noch zur Hälfte steuerpflichtig. Die Kehrseite: Auch Werbungskosten, etwa Verwaltungsgebühren oder Ausgaben für Fachpublikationen und Reisen zu Hauptversammlungen, sind nur noch zu 50 Prozent absetzbar. Und das erzeugt Widerstand. Schließlich komme es bei der Besteuerung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an, argumentiert ein Kläger. Sein Fall liegt beim Bundesverfassungsgericht (Az.: 2 BvR 2221/07), Anleger sollten ihre Einspruchsrechte nutzen und volle Werbungskosten geltend machen. Weiterer Streitpunkt: Das Finanzamt rechnet den Aufwand für eine professionelle Vermögensverwaltung oft nicht voll bei den Einkünften aus Kapitalvermögen ab, sondern ordnet einen Teil den Spekulationsgeschäften zu. Damit verpuffen Ausgaben steuerlich, sobald die Papiere über die zwölfmonatige Spekulationsfrist hinaus im Depot gehalten werden. Laut Finanzgericht Köln ist jedoch eine pauschale Abrechnung bei Zinsen und Dividenden möglich (Az.: 14 K 310/04). So müssen Gebühren für die Vermögensverwaltung nicht aufgeteilt werden. Diese Linie sollten Anleger bei ihrer Steuererklärung verfolgen. Auch der Kölner Fall ist nicht endgültig entschieden, die Behörde ging in Revision beim BFH (Az.: VIII R 30/07).

Scheingewinne: Anleger, die auf Betrüger hereingefallen sind, haben beim BFH zwar schon einige Niederlagen einstecken müssen, doch es gibt neue Hoffnung. Das Finanzgericht des Saarlands hat sich auf die Seite eines Geschädigten geschlagen, der auf leere Renditeversprechungen hereingefallen war und zunächst Scheingewinne versteuert hatte. Auch dieses Urteil überprüft nun der BFH (Az.: II R 62/08). Es ist nicht auszuschließen, dass die Richter ihre harte Haltung überdenken. Bisher hatten sie stets erklärt, Anleger hätten ihr Vermögen in solchen Fällen zwar nicht tatsächlich vermehrt. Steuerlich habe es in den ersten Jahren aber einen Zufluss gegeben, da Betroffene sich das Geld hätten auszahlen lassen können, statt es wieder anzulegen (Az.: VIII R 36/04).

Amnestie: Die Amnestie für Steuerhinterzieher hat ein gerichtliches Nachspiel. Ehrliche Anleger sehen sich durch die Vorzugskonditionen für Steuerhinterzieher benachteiligt. Der BFH soll klären, ob auch sie ein Recht auf die deutlich ermäßigten Tarife haben (Az.: VIII R 11/08).

Volker Votsmeier

Steuerfalle beim Kurzarbeitergeld

Mein Steuertipp. In der Wirtschaftskrise erhalten viele Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld. Solche Zahlungen sind zwar steuerfrei, erhöhen aber den Steuersatz. Betroffene sollten sich auf Nachforderungen des Finanzamts einstellen.

Durch Zahlung eines „konjunkturellen Kurzarbeitergeldes“ können in der derzeitigen Krise viele Arbeitsverhältnisse erhalten werden. Die Bezugsdauer wurde gerade für die noch in diesem Jahr beantragten Fälle auf zwei Jahre erweitert. Die Betroffenen müssen zwar leichte Einkommenseinbußen hinnehmen, behalten aber ihren Arbeitsplatz. Allerdings sorgt das Kurzarbeitergeld für zusätzliche Steuerbelastungen wegen des Rinrutschens in eine neue Steuerstufe.

Bezieher von Kurzarbeitergeld sollten Rücklagen bilden, um eventuellen Nachforderungen des Finanzamtes nicht „blank“ gegenüber zu stehen. Durch den so genannten Progressionsvorbehalt besteht die Gefahr, dass der Steuersatz sich ändert. Nach dem so genannten Progressionsvorbehalt des Einkommensteuergesetzes wird das Kurzarbeitergeld zwar nicht versteuert, aber in die Ermittlung des anzuwendenden Steuersatzes miteinbezogen.

Ein Beispiel: Ein Arbeitnehmer bezieht 40.000 Euro Lohn im Jahr. Bei Steuerklasse 3 und zwei Kindern beträgt der Steuersatz ungefähr 10 Prozent. Zusätzlich erhält er 10.000 Euro Kurzarbeitergeld im Kalenderjahr. Der anzuwendende Steuersatz ergibt sich jetzt gemäß dem Progressionsvorbehalt aus der Summe von Lohn und Kurzarbeitergeld und beträgt daher bei 50.000 Euro 13,5 Prozent. Dieser höhere Steuersatz wird jetzt auf die 40.000 Euro Lohn angewandt und führt zu einer Steuerbelastung von 5.400 Euro. Im Vergleich zum normalen Steuersatz muss der Betroffene 1.400 Euro mehr Steuern zahlen.

Bezieher von Kurzarbeitergeld sollten daher Rücklagen bilden, um vorbereitet zu sein. Wer für gewöhnlich aufgrund höherer Werbungskosten oder Sonderausgaben eine Steuerrückerstattung erhält, muss sich darauf einstellen, dass diese deutlich geringer ausfällt.

Kai Henning

Ihr gutes Recht

Urteilsticker. Die neuesten Urteile zu allen Lebensbereichen - vom Arbeits- bis zum Verkehrsrecht.

Aktienoptionen. Erhält ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber für seine Tätigkeit Optionsscheine so muss er diese versteuern. An der Börse gehandelte Papiere sind zum Zeitpunkt der Einbuchung zu versteuern – und zwar mit dem niedrigsten Kurs an diesem Tag (FG Münster, 1 K 4029/06 E).

Lohnfortzahlung. Sieht ein Arbeitsvertrag vor, dass für Arbeit an Sonn- oder Feiertagen steuerfreie Zuschläge gezahlt werden, so gilt dies auch, wenn ein Arbeitnehmer wegen Krankheit an solchen Arbeitstagen ausfällt. Der Arbeitgeber muss solche Zuschläge selbst dann zahlen, wenn für die Arbeit an Sonn- oder Feiertagen jeweils ein zusätzlicher freier Tag gewährt wird (Bundesarbeitsgericht, 5 AZR 89/08).

Kindergeld. Der Gesetzgeber durfte die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld von 27 auf 25 Jahre absenken. Seit 2007 wurde das Höchstalter für erwachsene Kinder in Ausbildung sukzessive abgesenkt. Auch Eltern, deren Kinder schon vor der Gesetzesänderung ein Studium oder eine Ausbildung begonnen hatten, gehen leer aus (Niedersächsisches FG, 15 K 101/08; Nichtzulassungsbeschwerde beim BFH, III B 271/08).

Erbrecht. Hat ein Erblasser in seinem Testament eine Vorerbschaft angeordnet, so kann der so Bedachte im Regelfall nur eingeschränkt wirksam über das Erbe verfügen. Verschenkt er Gegenstände oder gibt sie deutlich unter Wert ab, so kann der Nacherbe sie später gegebenenfalls vom Empfänger zurückverlangen. Im Streitfall Fall hatte eine Erbin nach dem Tod der Vorerben ein von diesen vorgenommenes umfangreiches Grundstücksgeschäft moniert. Die Vorerben hatten Grund und Boden im Wert von 400.000 Euro für 225.000 Euro verkauft, was die Nacherben entscheidend benachteiligte. Die aktuellen Eigentümer wurden verurteilt, den unwirksamen (Ver-)Kauf gegen Zahlung Erstattung der 225.000 Euro rückgängig zu machen und das Grundstück an die Nacherben herauszugeben (Oberlandesgericht Bamberg, 6 U 38/08).

Mutterschutz. Ein Arbeitgeber ist nicht berechtigt, eine schwangere Mitarbeiterin in den Zwangsurlaub zu schicken, die wegen eines individuellen Beschäftigungsverbot es nicht arbeiten darf, um so eine spätere Urlaubsgewährung zu umgehen (Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, 11 Sa 547/08).

Verbraucherrecht. Unterschreibt ein Autobesitzer, der seinen Wagen nach einem schweren Unfall in eine Reparaturwerkstatt hat abschleppen lassen, ein Schriftstück "Auftrag – Für Versicherung Gutachten erstellen, Schaden beheben", so kann der Werkstattinhaber davon ausgehen, dass er die Reparatur vornehmen soll. Ausnahme: Der Gutachter testiert einen Totalschaden. Auch wenn der Autofahrer zu dem Ergebnis kommt, dass eine Reparatur nicht mehr lohnt, kann der Werkstattbesitzer seine bis dahin aufgelaufenen Kosten für die Reparatur in Rechnung stellen (Amtsgericht München, 241 C 23787/07).

Albatros, Eagle und Co: Golf. Das Buch

Vorsicht! Das ist kein normales Golfbuch - aber Golf ist ja auch kein normaler Sport. Die Autoren Gerald Kleffmann und Thomas Lötz, beide ausgewiesene und renommierte Golfjournalisten, haben in diesem Buch allerlei Wissens-, Bemerkens- und Staunenswertes über das Spiel mit der kleinen weißen Kugel zusammengetragen.

Wer erwartet, ausgeklügelte Schwunganalysen oder den ultimativen Tipp zu erhalten, wie dem Slice endgültig der Garaus gemacht werden kann, der wird hier nicht fündig. Wer aber wissen möchte, warum Golf im 15ten Jahrhundert verboten wurde, wie viele Muskeln bei einem Golfschlag aktiv werden (es sind 400) oder warum eine Golfrunde gerade über 18 Löcher geht und nicht etwa über 17 oder 19, der wird an diesem Buch seine wahre Freude haben ("Golf. Das Buch"; Süddeutsche Zeitung Edition 2009; 240 Seiten; ISBN 978-3-86615-691-3; 19,90 Euro; im Buchhandel).

Auf 240 Seiten erfahren Golfnovizen, Amateure und Profis so ziemlich alles über den Sport, den Mark Twain einmal als einen "missglückten Spaziergang" bezeichnet hat. Hätten sie gewusst, dass sogar das Weiße Haus über ein Putting-Green verfügt? Oder dass Maria Stuart vor ihrem Umzug in den Tower of London noch eine Runde Golf spielte?

Zu dem neuen Titel dazu gibt es das passende Notizbuch zum Sammeln eigener Aufzeichnungen, Skizzen, Bemerkungen und Geistesblüten.

Capital Investor verlost fünf Exemplare dieses Doppelpacks. Gewinnen kann, wer bis zum 25. Juni das Teilnahmeformular ausfüllt.

Ach ja, Golf wurde verboten, damit sich die Männer mehr dem Kriege widmen, als ihrer Passion. Mit dem schottisch-englischen Frieden hatte das Verbot ein Ende. Und angeblich reicht eine Flasche Whisky gerade für 18 Löcher. Grund genug für die Schotten, die Urväter des süchtig machenden Spiels, eine Golfrunde auf diese Zahl der Bahnen zu begrenzen.

An der Verlosung teilnehmen

Anrede	<input type="text" value="..."/>
Nachname	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
Straße	<input type="text"/>
PLZ, Ort	<input type="text"/> <input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
Fax	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>

Michaela Schmid

Die Jagd nach dem verlorenen Schatz

Suche nach der Bundeslade. Sie ist von Legenden umrankt und wird seit 2600 Jahren vermisst: die Bundeslade des Alten Testaments. Ein Provinznest in Äthiopien will ihre letzte Stätte sein. Zu Besuch bei den Wächtern eines Mythos.

Der alte Mönch wühlt sich durch die Stapel vergilbter Manuskripte. Er packt die schweren Folianten mit seinen sehnigen Armen und legt sie auf die hartgestampfte Erde. Die ältesten, vielleicht 500 Jahre alt, sind in Geez, der altäthiopischen Kirchensprache, geschrieben. "Es muss irgendwo da sein", murmelt er durch die Zähne und rückt sein safrangelbes Gewand zurecht.

Aba Bayeh Fisiha ist der Schatzmeister im Kloster von Tana Kirkos. Als er sechs war, haben ihn seine Eltern auf die winzige Insel im Tanasee gebracht, die in der Trockenzeit - wenn der Wasserspiegel fällt - über einen schmalen Landstreifen mit dem Ufer verbunden ist. Das ist 50 Jahre her, vielleicht auch mehr. "Mein Gedächtnis lässt langsam nach", klagt der Mönch.

In der Schatzkammer, einem massiven Steinbau ohne Fenster, ist es dämmrig. Das Tageslicht fällt spärlich durch die Eingangstür hinein, die mit drei massiven Schlössern versehen ist. Sie sollen die Kirchenschätze - verspielte Priesterkronen und aus Silber gefertigte Prozessionskreuze - vor Dieben schützen. Die Gefahr ist real: Vor einigen Jahren räumte eine Bande ein Kloster in der Nähe leer.

Erst im dritten Stapel findet Aba Bayeh Fisiha das Buch, das er mir zeigen wollte. Es ist wie eine Ziehharmonika gefaltet, jeden Abschnitt zieren bunte Heiligenbilder. Trotz des Alters wirken die Farben erstaunlich frisch. Der Mönch deutet auf das Bild von Moses, der zwei Tafeln in den Händen hält. "Gottes Gebote", erklärt er. Dann senkt er die Stimme, als würde er mir ein gefährliches Geheimnis verraten: "Die Bundeslade und die Steintafeln wurden 800 Jahre in unserem Kloster aufbewahrt."

Die Heilige Bundeslade - in der Bibel wird sie als Schrein beschrieben, den Moses nach Gottes Anweisung fertigen ließ. Aus Akazienholz, zweieinhalb Ellen lang, eineinhalb Ellen breit und hoch, was in etwa 133 mal 80 mal 80 Zentimetern entspricht. Überzogen mit reinem Gold von innen und von außen. Mit zwei Goldcherubim auf der Deckplatte, die sich gegenseitig anblicken. In die Lade legte Moses die Tafeln mit den Zehn Geboten, die Gott ihm auf dem Berg Sinai überreicht hatte. Das Heiligtum, das auf dem Tempelberg aufbewahrt wurde, verschwand nach der Zerstörung Jerusalems durch den babylonischen König Nebukadnezar vor fast 2600 Jahren. Die Kreuzritter vergossen Blut, um sie zu finden, Archäologen und Abenteurer durchsuchten Tausende von Burgruinen und Geheimverliesen, erfolglos. Das inspirierte wiederum Romanciers und Filmemacher, die zahlreiche Geschichten erfanden und so den Mythos der Lade bis heute nährten. Die heute unsere Fantasie nähren - und jedes Jahr kommen weitere hinzu. Der Hollywood-Held Indiana Jones ist nur einer der vielen Schatzjäger.

Ich reihe mich ein, mache mich auch auf die Suche nach dem großen Mythos. Angeregt von dem Hamburger Archäologen Helmut Ziegert, bei dem ich Vor- und Frühgeschichte studierte. Seit Jahren sucht Ziegert nach Beweisen dafür, dass sich die biblische Lade in dem nordäthiopischen Provinznest Aksum befindet. Die mutige Behauptung wird im Westen von vielen Wissenschaftlern zwar angezweifelt, nicht aber in Äthiopien, wo sie Teil des Nationalepos ist, der seit Jahrtausenden überliefert wird.

Der Mönch Aba Bayeh Fisiha sitzt unter einem Schatten spendenden Baum, kratzt sich kurz an der Stirn unter der braunen Mönchmütze und fängt an zu fabulieren. Er erzählt von der schönen

Königin von Saba, die in Äthiopien auch Makeba genannt wird, die nach Jerusalem reiste, um König Salomon zu treffen und sich von dessen Klugheit zu überzeugen. Salomon war von der Königin hingerissen und stellte ihr eine raffinierte Falle: Nach einem würzigen Abendessen bot er ihr an, in seinem Palast zu übernachten. Allerdings dürfte sie nichts an sich nehmen, was ihm gehörte, sonst müsste sie ihm zu Willen sein. In der Nacht bekam sie Durst und trank das Wasser, das am Bett stand - Salomon war am Ziel.

Zurück in Äthiopien gebar die Königin einen Sohn, den sie Menelik nannte. Als Erwachsener reiste Menelik nach Jerusalem, um seinen Vater kennenzulernen. Obwohl Salomon alles tat, damit sich sein Sohn wohlfühlte, beschloss dieser, irgendwann wieder heimzukehren. Und stahl - so will es die Legende - in der Nacht vor der Abreise die Lade aus dem Tempel. "Menelik brachte sie hierher", sagt Bayeh Fisiha am Ende seiner Geschichte. "In der Abgeschiedenheit des Tanasees war die Lade vor Feinden sicher."

Das Kloster von Tana Kirkos liegt bis heute fern aller Touristenwege. In den Dörfern am Ufer des Tanasees leben die Menschen ein wahrlich biblisches Leben - wie vor Jahrtausenden. Jungen lassen die Rinder im Kreis umherlaufen, damit sie mit ihren Hufen das auf dem Boden liegende Getreide dreschen. Frauen kochen auf offenen Feuerstellen ein breiartiges Mittagessen. Auf einfachen Webstühlen weben Männer weiße Baumwolltücher, die als Kleidung dienen. Nackte Kinder hüten Vieh - und liefen meinem Wagen schreiend und voller Begeisterung hinterher, als ich Richtung Kloster fuhr.

Es gibt hier keine Straße: Über zwei Stunden holperte ich über Felder, die in der Trockenzeit unbebaut und hart wie Beton sind. Feiner Staub, der von den Rädern aufgewirbelt wird, brannte in den Augen und kratzte in der Kehle. Und dann, kurz vor dem Ziel, verhinderte ein 20 Meter breiter Fluss die Weiterfahrt. Zu tief, um ihn mit dem Wagen zu durchqueren. Ich folgte dem Flussverlauf, doch in der Mittagszeit war nirgends ein Mensch zu sehen. Als auf der anderen Seite des Flusses plötzlich eine Hütte auftauchte, hupte ich. Ein Mädchen trat nach draußen, holte schnell ein winziges Boot aus den Büschen, wie es schon die alten Ägypter benutzt haben, und setzte zu mir über. Unter meinem Gewicht drohte die wackelige Konstruktion zu sinken - doch die Überfahrt gelang. Der Fährdienst kostet 10 Birr, etwa 65 Cent.

Im Kloster hatten die Mönche keinen Besuch erwartet. "Touristen kommen nur selten hierher", sagt Aba Bayeh Fisiha. "Zwar gehört das Kloster zu den wichtigsten Heiligtümern am See, doch es liegt zu abgelegen." Obwohl seine Füße dick geschwollen sind, klettert der Mönch mit mir zu dem kleinen Steinplateau hoch über Tana Kirkos, von dem sich ein großer Teil der Ostküste überblicken lässt. Dann zeigt er die Stelle, an der die Bundeslade einst gestanden haben soll, geschützt von einem zeltartigen Tabernakel. "Gibt es dafür handfeste Beweise?", will ich wissen. Der Alte guckt mich verblüfft an: "Was für Beweise? Das ist eine Tatsache, die seit Generationen von Mönchen überliefert wird."

In der Schatzkammer des Klosters finde ich einige Gegenstände, die zumindest sehr alt aussehen: ein Gestell aus Eisen, das wie ein Teil einer Rüstung aussieht. Und ein bronzener Opferteller. "Bevor wir Christen waren, haben wir Tiere geopfert", erzählt der Mönch. "Ezana hat das später verboten."

Ezana, der König aus dem 4. Jahrhundert, der sich taufen ließ und das Christentum in Äthiopien einführte. Er, so heißt es in der Überlieferung, soll die Bundeslade von Tana Kirkos geholt und sie nach Aksum, in die Hauptstadt des damaligen Reiches, gebracht haben. Und genau dort hatte der Hamburger Archäologe Helmut Ziegert erst voriges Jahr Überreste einer Palastanlage aus dem 10. Jahrhundert vor Christus entdeckt. "Vieles deutet darauf hin, dass der Palast der legendenumwobenen Königin von Saba gehörte", sagt Ziegert.

Ich folge der Spur und breche nach Aksum auf. Der Weg führt über das Herzland des äthiopischen Christentums. Versteckt in der kargen Landschaft finden sich Tausende von Kirchen und Klöstern, die mehrere islamische Überfälle überstanden haben. In Stein gehauene Zeugnisse des christlichen Glaubens, der bis heute mit erstaunlicher Inbrunst praktiziert wird. Bis heute beachten äthiopische Christen den Sabbat, die Jungen werden am achten Tag nach der Geburt beschnitten, menstruierende Frauen dürfen die Kirche nicht betreten. Im Mittelpunkt des

christlichen Glaubens in Äthiopien: die Bundeslade. In jeder der 200.000 Kirchen des Landes befindet sich eine Replik des Heiligen Schreins. Ohne Tabot, wie die Bundeslade in Äthiopien heißt, ist keine Kirche heilig. "Ein merkwürdiger Brauch", sagt der britische Historiker Richard Pankhurst. "Mir ist kein Beispiel bekannt, dass so etwas auch in einer anderen Ausprägung des Christentums vorkommt."

Aksum ist das Herz der äthiopischen Kirche. Die Stadt ist vor allem für ihr Stelenfeld berühmt, das zu Ehren der verstorbenen Könige vor fast 1600 Jahren aufgestellt wurde. Daneben hat der letzte äthiopische Kaiser, Heile Selassie, eine moderne Kathedrale bauen lassen. Wenig später wurde der Herrscher, der seine Abstammung direkt auf Salomons Sohn Menelik zurückverfolgte, von marxistischen Rebellen gestürzt und hingerichtet.

Keine 100 Meter von der Kathedrale entfernt liegt die kleine Kapelle, wo heute "die Bundeslade aufbewahrt wird", wie äthiopische Kirchenoberen behaupten. Aber sie weigern sich stets, sie zu zeigen und die Zweifel zu zerstreuen. Auch meine Bitte, die Bundeslade sehen zu dürfen, lehnt Abuna Paulos, das Oberhaupt der äthiopisch-orthodoxen Kirche in Addis Abeba, kategorisch ab. "Niemand darf sie sehen, weder ich noch der Neburaed, der Bischof von Aksum. Nur der Wächter, der von den Priestern auf Lebenszeit gewählt wird, darf die Kammer mit der Lade betreten."

Die Schatzkapelle ist von einem hohen, blau gestrichenen Zaun umgeben und wirkt irgendwie ärmlich. Eine grüne Kuppel, deren Putz an mehreren Stellen bröckelt, krönt das zweistöckige Gebäude, das nur wenige Jahrzehnte alt ist. Bevor ich an den Zaun herankommen kann, werde ich von Sicherheitsleuten gestoppt, die mich wohl seit längerer Zeit beobachtet haben müssen. "Es gab schon mehrere Versuche, die Lade zu stehlen", verteidigt Wollo, der mir als Dolmetscher dient, die Sicherheitsmaßnahme. "Manche Besucher versuchen, den ehrenwerten Wächter zu bestechen, um die Lade zu sehen. Den Fremden ist nichts heilig."

Der Wächter der Lade trägt eine Mütze, unter der seine langen Haare hervorquellen. Sein Bart wuchert wild in seinem Gesicht, seine Augen funkeln, die Stimme ist kehlig. Da er mit Wollo verwandt ist, stimmt er einem kurzen Gespräch zu. "Gott hat unser Volk auserwählt, dass wir die Lade bewachen", sagt er pathetisch. "Sie ist ein Wunder."

Jeden Tag muss der Wächter Weihrauch für die Lade anzünden und beten. Nie darf er das Kapellengelände verlassen, er muss immer in der Nähe des Schreins bleiben. "Sein Leben ist eine einzige Entbehrung", seufzt Wollo. Vor einigen Jahren flüchtete ein Priester in die Berge, weil er die Wächterwahl nicht annehmen wollte. Erst nach einigen Monaten kehrte er geläutert nach Aksum zurück.

Ich bitte den Wächter, die Lade zu beschreiben, doch er verstummt. "Wird sie von zwei Engeln gekrönt? Welche Farbe haben die Gebotstafeln?", hake ich nach. Er wirkt auf einmal genervt, dreht sich um und verschwindet in seiner Schatzkammer.

Am nächsten Morgen, dem Tag des Schutzheiligen von Aksum, soll die Bundeslade in einer Prozession durch die Stadt getragen werden. Schon mitten in der Nacht beziehen Wollo und ich Stellung vor der Kapelle, um nichts zu versäumen.

Gegen 4.30 Uhr durchdringt schwermütiger Gesang die Stille. Der Vorhang der Kapellentür hebt sich, und gut ein Dutzend geheimnisvolle Gestalten in langen, weißen Roben treten heraus. Murmelnd formieren sie sich zu einer Prozession, die von einem jungen Priester mit einem Kreuz angeführt wird. Ihm folgen ein Mönch mit einer Ikone und ein zweiter, der eine seltsame Truhe auf dem Kopf trägt. Sie ist in reich verzierten Samt eingehüllt. Drei Diener halten große Brokatschirme über die Truhe. "Das ist der Tabot", flüstert Wollo und beginnt vor Aufregung zu stottern. Dann bricht er seine Ausführung ab und wirft sich voller Ehrfurcht mit dem Gesicht auf die Erde.

Im schwachen Kerzenlicht sehen die Priester gespenstisch aus. Hunderte von Menschen, gehüllt in weiße Tücher, schließen sich dem Zug an. Andere stehen am Straßenrand, fallen beim Anblick der Truhe auf die Knie und senken ihr Haupt. Alle bewahren eine respektvolle Distanz zu der

Reliquie, denn "wer der Bundeslade zu nahe kommt, könnte tot umfallen", erklärt Wollo abergläubisch, als er sich wieder erhoben hat. "Nur Priester dürfen sie anfassen." Die übernatürlichen Kräfte der Lade werden schon in der Bibel beschrieben: Als sie in den Jordan getragen wurde, staute sich das Wasser und ganz Israel gelangte trockenen Fußes ans andere Ufer. In der Schlacht konnte sie den Gegner in die Flucht schlagen.

Doch die Truhe, die in der Prozession von Aksum getragen wird, kann unmöglich die biblische Bundeslade sein: Sie ist viel zu klein, die Drapierung könnte unmöglich die Formen der Engel auf der Deckplatte verdecken. Außerdem nimmt der Wächter, der die echte Lade nicht aus den Augen lassen darf, gar nicht an der Prozession teil.

"Die Bundeslade ist viel zu wertvoll, um sie durch die Straßen zu tragen", sagt Archäologe Ziegert. Dennoch glaubt er weiterhin fest, dass das Original in Aksum ist. "Die Legende von Menelik und der Bundeslade würde erklären, wie das Judentum im 10. Jahrhundert vor Christus nach Äthiopien kam und in kurzer Zeit an Bedeutung gewann", sagt Ziegert. In der alten Palastanlage von Aksum, die nach dem alten jüdischen Brauch auf den Stern Sirius ausgerichtet war, grub Ziegert einen Altar aus, der von zwei Basaltsäulen flankiert war. Dort könnte die Bundeslade einst gestanden haben, sagt der Hamburger, bevor König Ezana die erste christliche Kirche in Aksum baute. Indizien und Vermutungen, mehr hat auch Ziegert nicht.

Die Sonne steht bereits über dem Horizont, als die Prozession zu Ende geht. Die Priester beschleunigen ihren Schritt, um die Bundeslade sicher in die Kapelle zu bringen. Die Gläubigen gehen langsam nach Hause zurück, erschöpft von den langen Stunden des Betens. Beweise für die Existenz der Bundeslade brauchen sie nicht. Denn sie glauben.

Andrzej Rybak (Aksum)